

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 2,25 M.
einzelständig 60 Pf., Postzeitung 60- und
12 Pf. Postbezug für den Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Technik“, „Bild in die
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Repressivpolitik
des Wiener, „Rechtsanzeiger“ des
Rechtsanwalts Dr. 25 Wienig (wird
festgedruckt) Wienig, jedes weitere Wort
12 Wienig, Stellungnahme des ersten
Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort
10 Wienig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsamt, 2
Reise 60 Wienig, Familienanzeigen 20
10 Wienig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 2, wochentäglich
von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S u. Eide-Gel., Depositenkassa Lindenstr. 3.

Das Berliner Sofortprogramm.

Bürgermeister Scholz mit der Ueberwachung beauftragt.

In einer außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadt-
verordnetenversammlung verlas Bürgermeister Scholz ein
Schreiben des Oberpräsidenten von Branden-
burg und Berlin, in dem der Oberpräsident der Stadt Berlin
bezüglich ihrer Finanzwirtschaft bestimmte Auflagen
macht.

Das Schreiben des Oberpräsidenten enthält folgende An-
ordnungen:

„Neue Aufgaben dürfen bis zur Regulierung
der kurzfristigen Verschuldung nicht übernommen
werden, auch dürfen Ausgaben nicht geleistet werden, die
sich auf solche Aufgaben beziehen.“

Für den Monat Dezember 1929 sind die dort er-
mittelten Ausgaben für den Bedarf nach Maßgabe vor-
liegender Aufstellung unbedingt innezuhalten.

Ueberschüsse aus den Tarifierhöhungen und
etwaigen Steuererhöhungen sind zunächst vom Januar
1930 ab in einem besonderen Tilgungsfonds
bei der preussischen Staatsbank im Betrage
von mindestens fünf Millionen Mark ein-
zuzahlen. Darüber hinausgehende Ueberschüsse sind eben-
falls zur Schuldentilgung zu verwenden, es sei
den, daß ich auf besonderen Antrag eine Ausnahme
gestatte. Ich will mich aber damit einverstanden er-
klären, daß über den Betrag von fünf Millionen hinaus-

gehende Ueberschüsse zur Fertigstellung solcher
Bauten verwendet werden, bei denen die Fertigstellung
unbedingt zur Erhaltung notwendig ist, in
der Erwartung, daß die Fertigstellung nach den Grund-
sätzen äußerster Sparsamkeit erfolgt.

Die auf Grund vorstehender Anordnung notwendige
Entscheidung darüber, welche Mittel zu letzterem
Zwecke freizugeben sind, sowie die zur Durchführung vor-
stehender Anordnung erforderliche Ueberwachung
des Finanzgebarens der Stadt Berlin, und zwar sowohl
der Zentralverwaltungen, wie der Bezirksverwaltungen,
übertrage ich in Vertretung des Oberbürgermeisters
Ihnen, Herr Bürgermeister Scholz, und mache
Ihnen diese zur besonderen Pflicht. Ueber die Durch-
führung der notwendigen Kontrolle erbitte ich fort-
laufend Bericht unter Darlegung des Haushalts
und der Kassenlage.

Den ersten Bericht erwarte ich am 2. Januar 1930.“

Abschließend stellt der Oberpräsident eine Verfügung hin-
sichtlich des Ueberbrückungskredits in Aussicht und erklärt,
daß er sich weitere Anordnungen wegen Abbürdung der kurz-
fristigen, insbesondere der nichtgenehmigten Schulden, aus-
drücklich vorbehalte.

Die Anlage enthält einen Ausgabenvoranschlag für
Dezember auf Grund der städtischen Finanzverwaltung.

Neues Pressegesetz in Wien.

Das konfiszierliche Paradies wiederhergestellt.

Der Nationalrat hat die Pressegesetzentwurf in dritter
Lesung angenommen.

1922 wurde das Pressegesetz der Republik Oesterreich ge-
schaffen. Bundeskanzler war Schöberl, wie heute. Damals
begünstigte er feierlich das wahrhaft freiheitliche und dabei sehr
genau gefasste und zweckmäßige Gesetz — ein Werk unseres
Genossen Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der
„Arbeiter-Zeitung“. Heute hat wieder eine Regierung
Schöberl die Verhandlung dieses Gesetzes zu verant-
worten.

Die Novelle schließt unter dem Vorwande, Notwen-
diges zu vollziehen, Anschläge auf die Pressefreiheit ein. Es
ist notwendig, der Verwildern einer gewissen Wiener Presse
in Sachen der Beleidigungen zu begegnen, selbst dann, wenn
dadurch die Schrankenlosigkeit in der Freiheit der Meinungs-
äußerung beeinträchtigt wird. Aber man macht gegenüber
dem verantwortlichen Redakteur eine Ausnahme zum
schlechtesten von allgemein gültigen Rechtsgrundsätzen; wenn bei
ihm strafbare Handlungen zusammentreffen, gilt nicht das
allgemeine Recht, „daß die im Gesetz bestimmte höchste Strafe
nie überschritten werden darf“, sondern „daß die Summe der
Geldstrafen die höchste im Gesetz angedrohte Strafe über-
steigen darf“. Die Höchststrafe wird auf 2500 Schilling
erhöht. Dabei wird durch Verweisung aller Ehrenbelei-
dungen vor das Bezirksgericht das Klagen ungemein erleich-
tert. Geistiger Vater der Novelle ist der christlich-soziale
Dr. Kienböck; gerade ihm ist die Arbeiterpresse durch
Aufhebung von allerhand dunklen Kläffern verhasst und
darum ist das ganze Gesetz von Gehässigkeit erfüllt. Eine
Strafbestimmung gegen Kreditfälschung wird den
Banken zuliebe, die soviel zu verbergen haben, erlassen.
Den Kriminalen zuliebe wird ein Schmutz- und Schund-
paragraf eingeführt, um ihn gegen Kunst und Wissenschaft
gebrauchen zu können.

Die Aufhebung der Zuständigkeit der Ge-
schworenen für strafbare Handlungen, die durch Druck
begangen werden, ist im Ausschuss hineingeschmuggelt worden,
obwohl sie, außer in die Verfassung, höchstens in eine Straf-
prozedur gehört, aber gewiß nicht in das Pressegesetz!
Weltbekannt war die altösterreichische Konfis-
kationspraxis. Der Staatsanwalt, in kleinen Städten
der Bezirkshauptmann, konnten jede Zeitung beschlagnahmen.
Das Gericht bestätigte so aut wie ausnahmslos die Konfis-
kation; in den seltenen Fällen, daß sie auf Einspruch der
Redaktion aufgehoben wurde, mußte der Staat der Zeitung
den Schaden ersetzen. In politisch erregten Zeiten nahm das
Konfiszieren so überhand, daß die Notwehr aufstand, die be-
schlagnahmten Artikel im Parlament als Interpellation ein-
zubringen, nur zu dem Zweck, sie dann als Bestandteil der
Parlamentsverhandlungen doch abdrucknen. Die schwere
Schädigung der Zeitung durch das Belegen ihrer Auflage
konnte dadurch nicht wieder gutgemacht werden.

Das Pressegesetz von 1922 hatte dem jährenlosen
Konfiszieren ein Ende gemacht. Seitdem war die „por-
läufige“ Beschlagnahme beschränkt auf versuchte Beeinflussung
der Rechtspflege, auf Vergehen gegen die öffentliche Sit-
lichkeit und auf den Fall, daß das Druckwerk „zu einer Ver-
breitung des Druckwerkes die Verübung des Verbrechens
unmittelbar zur Folge haben könnte“. Auf jede Konfiskation
mußte die Anklage vor dem (echten) Schwurgericht folgen
— sonst mußte der Staat den Schaden ersetzen. Nun wird
das Konfiszieren wieder ermöglicht, nur muß der Staats-
anwalt dazu die Erlaubnis des Untersuchungsrich-
ters haben. Dazu wird verfügt, daß dem Staatsanwalt ein
Untersuchungsrichter immer zur Hand steht, alle vierund-
zwanzig Stunden des Tages; und so kann sich das Konfiszieren
des Staatsanwalts ungehemmt entfalten. Wenn er
die Zeitung konfiszieren will, die zu konfiszieren das Gesetz
ihm verwehrt, so winkt er einfach dem Untersuchungsrichter;
der verleiht das Blanket mit Stempel und Unterschrift und
die „gerichtliche“ Beschlagnahme ist fertig. So ist der Staats-
anwalt natürlich in der Lage, jede Zeitung, von der er be-
hauptet, daß darin eine „strafbare Handlung“ begangen
worden ist, mit Beschlagnahme zu belegen; also die Zeitungen nach
seiner Willkür zu konfiszieren. Indem das Gesetz für die
Presse die Schwurgerichte abschafft, führt sie die Wahrheits-
lichkeit herbei, daß der verantwortliche Redakteur im vorge-
schriebenen Strafprozeß verurteilt wird, und die
Sicherheit, daß die Konfiskation nicht aufgehoben, die Zeitung
für ihren Schaden nicht entschädigt wird. Die Zeitun-
gen werden fortan nicht bloß konfiszieren, sondern ihre Redak-
teure werden überdies eingesperrt werden! Das bedeutet in
Wahrheit die Aufhebung der Schwurgerichte, und deshalb
waren sie auch so hinter dieser Aufhebung her!

Man wendet ein, daß die Aufhebung der Geschworenen-
gerichte für die Presse nur drei Delikte treffe: Religions-
delikte, öffentliche Unsitlichkeit, Ausstreuung beunruhigender
Gerüchte, daß aber die andern politischen Delikte, da sie wegen
ihres Charakters den Schwurgerichten ver-

Zolltariffrage.

Der Konflikt um den Futtermittelzoll.

Bei der Beratung der Zolltarifnovelle kam es gestern im
Reichstag zu einem Zwischenfall, durch den das Zustandekommen
des ganzen Gesetzgebungswerkes aufs schwerste gefährdet
wurde. Ein von der Bayerischen Volkspartei und den
Bauerngruppen handschriftlich eingebrachter Antrag, den Zoll
auf Futtermittel über die Regierungsvorlage hinaus auf
5 M. zu erhöhen, fand überraschenderweise Annahme, da im
Hammelsprung Volksparteier und Zentrumsabgeordnete
für ihn stimmten. Das Gesetz ist jetzt für die Sozialdemo-
kratie mit einer Bestimmung besetzt, durch die es für sie
unannehmbar wird. Ein Zerfall der Regierungsparteien
bei der Schlussabstimmung über den Zolltarif könnte
aber — ganz abgesehen von der Frage, was dann mit der
Zollpolitik würde — nicht ohne allgemeine politische Kon-
sequenzen bleiben.

Gestern gelang es, die Krise zu verhüten, da über den
nur handschriftlich eingebrachten Antrag heute in der Schluss-
abstimmung noch einmal abgestimmt werden soll. Verhand-
lungen der Fraktionsführer wurden gestern abend begonnen
und dann auf heute vormittag vertagt. Eine Fraktions-
sitzung des Zentrums endete damit, daß der Führung für
weitere Verhandlungen freie Hand gelassen wurde. Die
Mitte wird sich heute entscheiden müssen, ob sie weiter mit
der Sozialdemokratie Politik machen will. Daß sie sich nach
Laune und Zufall hier und dort ihre Mehrheiten sucht, geht
natürlich nicht. Sie kann das billigerweise auch gar nicht
verlangen!

Ultrarechte Regierung in Thüringen.

Landvolk, Wirtschaftspartei und Landvolk.

Weimar, 20. Dezember.

Heute vormittag trafen die fünf über die Regierungsbildung
verhandelnden Parteien (Landvolk, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei,
Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) zusammen. Nach
der Sitzung wurde eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt, daß
die Parteien sich auf eine Regierung einigen würden, deren Zu-
sammensetzung Gewähr dafür bietet, daß sie auf fester Grund-
lage ruhe. Der Landtag werde am 7. Januar zusammentreten.

Es verkündet, daß Landvolkspartei, Wirtschaftspartei
und Nationalsozialisten die Minister stellen
wollen, während die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen
Staatsräte in die Regierung entsenden werden.

Münchens erster Bürgermeister. Der bisherige erste Bürger-
meister Schornagl (Bayerische Volkspartei) wurde im zweiten
Wahlgang mit 23 Stimmen gegen 17 Stimmen, die auf den Sozial-
demokraten Schmidt entfielen, wiedergewählt. Die Nazis enthielten
sich der Stimme.

Das neue Hannover.

Das Stadtparlament räumt auf.

Hannover, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Bürgerversammlung kam es heute zu Auseinander-
setzungen. Die sozialdemokratische Fraktion gab eine längere Er-
klärung ab gegen die Ausführung des Oberbürgermeister
Dr. Menge und forderte in einem Dringlichkeitsantrag dessen
Rücktritt. Die bürgerlichen Parteien tobten und schrien Verge-
waltigung und verließen einschließlich der Nationalsozialisten ge-
schlossen den Saal. Darauf wurde das Mißtrauensvotum
gegen den Oberbürgermeister einstimmig angenommen.

Bei der nachfolgenden Beratung eines sozialdemokratischen An-
trages auf Bewilligung von 500 000 M. für Weihnachts-
beihilfen an Wohlfahrtsempfänger und Arbeitslose kam es
wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil die Kommunisten
sich der Geschäftsordnung nicht fügen wollten. Nach eingehender
Debatte wurde über der sozialdemokratische Antrag an-
genommen. Auch die Kommunisten und Nationalsozialisten
stimmten dafür.

Vorher war die Wahl der unbesetzten Magistratsmitglieder er-
folgt. Sämtliche bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu
den Deutschnationalen hatten sich zu einer Fraktionsgemeinschaft zu-
sammengeschlossen, um der Sozialdemokratie den achten Sitz streitig
zu machen. Bei der Wahl wurden für den sozialdemokratischen Wahl-
voranschlag 35 Stimmen, für den bürgerlichen 29 Stimmen abgegeben.
Kommunisten und Nationalsozialisten gaben weiße Zettel ab. Da-
durch erhielten die Sozialdemokraten sieben ehrenamtliche Senatoren
und die Bürgerlichen sechs.

Pleitegeier über München-Gladbach.

Zahlungsschwierigkeiten des katholischen Volksvereinsverlages

Köln, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Der katholische Volksvereins-Verlag in Glad-
bach, Rheinl. befindet sich seit längerer Zeit wieder in
Zahlungsschwierigkeiten. Obwohl der Volksverein für
das katholische Deutschland alle Möglichkeiten zur Erhaltung des
Verlages und Abdeckung seiner Verpflichtungen ausgeschöpft hat, ge-
lang es nicht, die zur Sanierung des Verlages erforderlichen Mittel
zusammenzubringen. Es wurde daher ein Vergleich mit den
Gläubigern beantragt. Der Vergleich war in der Instanzzeit
schon einmal in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Damals wurde
die Sanierung durch Geldmittel aus Amerika durchgeführt.

Kommunistenkrawalle vor Kathäusern fanden in Stuttgart
und Hannover statt. In Köln sind alle Umzüge und Kund-
gebungen unter freiem Himmel bis einschließlich 2. Januar verboten.

Die Mitglieder der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft haben
zur Frage des Austritts, durch den Abgeordnete der Deutschnatio-
nalen sich für den Fall ihres Ausscheidens aus der Reichstagsfraktion
zur Mandatsniederlegung verpflichtet haben, eine Er-
klärung abgegeben. Sie versichern darin, daß der Revers nur für
den Fall des Austritts oder Ausschusses eines einzelnen Abgeord-
neten Geltung habe. Bei ihrem Austritt handele es sich jedoch um
die Abspaltung einer ganzen Gruppe. Aus diesem Grunde komme
eine Mandatsniederlegung für sie nicht in Frage.

bleiben, vor die Geschworenen auch kommen, wenn sie durch Druckstrafen begangen werden. Aber man kann schon mit diesen paar Delikten, die alle vor die Schöffengerichte kommen, die halbe Pressefreiheit erwürgen; wenn der Staatsanwalt Konfiskationen wegen dieser Delikte nicht mehr vor den Geschworenen zu rechtfertigen hat, kann er jedes freisinnige Wort über Religion, jedes tapferere Wort gegen Sittlichkeitsheuchelei, jede politische Information, die den Herrschenden gerade un bequem ist, mit der Konfiskation bestrafen. Alle Beleidigungen, auch die ausgesprochen politischen, kommen vor das Bezirksgericht, selbstverständlich kann man jeden politischen Angriff als eine Beleidigung verfolgen.

Der Universalparagraf für Konfiskationen war der § 300 Strafgesetzbuch:

Wer durch Schmähungen, Verpöhtungen, unwahre Angaben oder Entstellungen von Tatsachen die Anordnungen oder Entscheidungen der Behörden herabwürdigend oder auf solche Weise andere zum Hass oder zur Verachtung gegen Staats- oder Gemeindebehörden oder gegen einzelne Organe der Regierung in Beziehung auf ihre Amtsführung aufzureizen sucht.

Das kann man bei gutem Willen irgendwie von jedem Zeitungsartikel behaupten. Der Staatsanwalt, der sich jetzt weigert wegen politischer Delikte zum Geschworenengericht zu gehen, doch noch eine gewisse Reserve aufsetzen mußte, wird nach Herzenslust konfiszieren können.

Die Anwendung des neuen Gesetzes wird zeigen, ob Recht oder — Heimwehregellei in der Republik Oesterreich regiert!

Rumänien reformiert auch.

Bukarest, 20. Dezember.

Justizminister Junian hat der Kammer den neuen Preßgesetzentwurf vorgelegt, der strenge Bestimmungen enthält. Es sollen z. B. besonders für Beleidigung und Verleumdung Ausfudungen bei verdächtigen Rebalteuren vorgenommen werden können, um die Urheberchaft eines Artikels festzustellen.

Schweidniger Urteil am Montag.

Wüste Reden der Verteidiger.

Breslau, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Reden der Verteidigung im Nationalsozialistenprozess in Schweidnitz dürften an gehässigen Angriffen alles in den Schatten stellen, was man auf diesem Gebiete bisher erlebt hat. Dr. Frank-Wünchen findet, daß die Anklage restlos zusammengebrochen sei und fordert von dem vorher niederträchtig angepöbelten Vertreter der Staatsregierung sofortige Aufhebung des Ortsverwehrens, das wegen Landfriedensbruchs erfolgt war. Die Genossen Braisch, der Führer des Schweidniger Reichsbanners, und Parteisekretär Hoppe mußten sich indirekt den Vorwurf des Meineides gefallen lassen.

In der Beweisführung der Verteidigung wurden die Nationalsozialisten zu einem harmlosen Verein, der sich mit neudeutschen Plänen beschäftigt, während die Reichsbannerleute selbstverständlich die schlimmsten Teufel sind. 133 Todesopfer aus den Reihen der Nationalsozialisten soll ihre marxistische Mondstucht bisher gefordert haben und 1000 Jahre Gefängnis haben die harmlosen Nationalsozialisten von der verfolgungswürdigen Republik erbulden müssen. Die strittige Verlesung wurde zu „einer bewußten Angriffsmaßnahme der SPD.“ und die Behauptung Wendenmuths, sich geistig mit den Nationalsozialisten befaßt zu wollen, nannte Dr. Frank absurd. Zum Ende folgte er, Hoppe und Braisch hätten die Verlesung schon außer Kraft gesetzt gehabt, daher könne ihre Störung gar nicht vorliegen.

Der Mitverteidiger Dr. Geisler redete noch um eine Ruane schärfer. Die Anklageschrift wäre mit blühender Phantasie zusammengestellt und ihr Verfasser sei geeignet, Jugendbücher für den Weihnachtstisch zu schreiben. Mit hohem Idealismus zahlen die Nationalsozialisten aus Erwerbslosen-Unterstützungsmitteln ihre Postautofahrten, nur um ihre Redner vor den marxistischen Angriffen zu schützen. Das Gericht solle sich bei der Urteilsfindung nicht von den Subditeilen der Presse leiten lassen. Dr. Frank schwächte diese Angriffe ab, indem er lediglich die jüdisch-marxistische Presse gemeint wissen will.

Lebhafte es werden die Staatsanwälte. Die Anklage auf Landfriedensbruch ist nur zustande gekommen, weil die Waldenburger Angeklagten ihren Richtlinien entsprechend bei der polizeilichen Berechnung gelogen hätten. Der Verteidiger Dr. Geisler stellte ausdrücklich fest, daß diese Lügen den Angeklagten erlaubt seien.

In wüsten Schimpereien auf die Presse und auf den „jungen, verbitterten, bezahlten Sozialdemokraten Hoppe“ erschöpften sich die Schlussworte einiger Angeklagter. Ein schwacher Protest des Vorsitzenden kann die Helben in ihrem Kraftmetertum nicht erschüttern und die Verteidigung nicht zur Rührung bringen. Für jeden denkenden Menschen haben sie sich und die Sache, die sie vertreten, noch einmal selbst gekennzeichnet. Das Urteil wird am Montag gesprochen werden.

Nebernationalismus.

Sehe in Polen gegen Völkerverständigung.

Die nationalstische Sturmflutwelle, die der Weltkrieg erzeugt und die Nachkriegspolitik der meisten Staaten immer wieder besetzt hat, ist noch lange nicht im Bereden. Im allgemeinen finden Reaktion und Nationalismus sich auf derselben Seite, und die Vorkämpfer des Fortschritts durch Überwindung der Hoffpropaganda, die Vorkämpfer der Völkerverständigung, sind die Objekte wüster Hege. Das muß jetzt auch der polnisch-sozialistische Abgeordnete Dr. Ciolkosz erfahren, von dem wir berichtet haben, daß er in einem Vortrag vor völkerverständigen Berliner Studenten bei Besprechung des polnischen Korridors durch Ostdeutschland gemeint hat, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man Polen den Zugang zum Meer gesichert hätte, ohne ihm das jetzige Korridorgebiet einzuverleiben.

Deshalb wird Ciolkosz und die ganze Sozialistische Partei von der polnischen Nationalistenpresse geradezu des Landesverrats beschuldigt. Es soll als Schädigung eines Volkes sein, wenn einer seiner Angehörigen sagt, im Interesse des guten Verhältnisses zu seinem Nachbarn wäre seinerzeit eine andere Grenzziehung vielleicht besser gewesen. Kann denn irgendein vernünftiger Pole sich verhehlen, was die ganze Welt längst eingesehen hat und was von den Nachbarn dieser Grenzziehung zweckbewußt gemollt war — daß dieser Korridor das Haupthindernis deutsch-polnischer Freundschaft ist?

Um jedoch die Angst der Angreifer unseres Genossen, aus der ihre Hege neben alterer Feindseligkeit gegen den Sozialismus entspringt, zu beschwichtigen, sei ergänzend mitgeteilt, daß Ciolkosz in dem gleichen Vortrag auch betont hat, keine polnische Partei denke an eine Veränderung der Grenze.

Angriff auf Briand im Senat.

Der Außenminister gegen systematisches Mißtrauen.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die außenpolitische Debatte im Senat führte zu verschiedenen recht lebhaften Zusammenstößen zwischen Außenminister Briand und der nationalistischen Fraktion. Briand jedoch wußte sich energisch zur Wehr zu setzen und protestierte vor allem dagegen, daß ständig die Außenpolitik zu parteidemagogischen Wandern mißbraucht werde.

Der Senator Lemery begann die Interpellationsdebatte mit der skeptischen Erklärung, er hoffe kaum von Briand heute mehr herauszubekommen, als eine neue eindrucksvolle Rundgebung seiner Friedensliebe. Trotzdem wolle er seine Sorgen vor dem Oberhaus nicht verbergen. Frankreich habe kein legales Mittel in der Hand, um zu wissen, was in der entmilitarisierten Rheinlandzone geschehe. Es habe auch keine wirksame Kontrollmöglichkeit. In diesem Punkte habe Briand die Sicherheit Frankreichs gefährdet und den Frieden selbst bedroht. Nicht daß er Briands Patriotismus bezweifeln wolle, aber Briands diplomatische Methoden hätten ihm die größte Besorgnis eingebracht. Briand baue auf den guten Willen Deutschlands, wie das Beispiel des Young-Planes und der Saarverhandlungen zeige. Doch mit dieser Hilfe schwäche er Frankreichs Verteidigungsmittel. Zum Schluß betonte Lemery noch einmal, daß er nicht gegen die Räumung des Rheinlandes, sondern ausschließlich gegen den Mangel jeder Kontrolle in der Rheinlandzone protestiere.

Briand

verwahrte sich in seiner Antwort zunächst dagegen, daß er in den Verhandlungen mit Deutschland irgend etwas ohne Not preisgegeben habe. Er habe sich im Gegenteil bemüht, die Lücken des Versailleser Vertrages auszufüllen. Durch den Locarno-Vertrag habe er das fehlende Sicherheitsbedürfnis der Alliierten zur Verteidigung der Rheinlandgrenzen erfüllt. Selbst Clemenceau hat erklärt, wenn dieses Bündnis nicht zustande gekommen, bliebe vom Versailleser Vertrag nichts mehr übrig. Dazu habe er Briand, erreicht, daß das Rheinland unter die Völkerbundkontrolle gestellt werde. Selbst der General Barater, Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission, habe erklärt, daß es unmöglich gewesen wäre, mehr zu erreichen. Was habe man schließlich mit der Militärkontrollkommission in Berlin ausgerichtet? fragte Briand dann. Deutschland habe doch Festungswerke auf viele Kilometer Länge an der polnischen Grenze bauen können. Auch mit Zwangsmahnahmen sei auf die Dauer einem 60-Millionen-Volk gegenüber nichts zu erreichen. Es sei unmöglich, den Frieden unter den Völkern ohne Vertrauen und Veröhnung zu sichern. Er frage sich daher, ob der belorgte Interpellant nicht etwa nur den Wunsch habe, seine Sorge ewig behalten zu können und sich nur etwa nicht beruhigen zu lassen. Wogegen er aber mit aller Macht protestieren müsse, das sei das Mißtrauen, daß die Außenpolitik zu einem Spielball der Parteien gemacht werde. Hier gingen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Er wünsche, daß endlich einmal jene Toleranten aufhörten, die ihm des Missionismus und der Leichtfertigkeit beschuldigten. Auch das Spiel müsse aufhören, daß man ihm immer gegen die übrige Regierung ansuzupfen lasse. Die französische Regierung gehe mit der Hoffnung nach dem Haag, den Young-Plan zur Annahme zu bringen. Weder im Haag noch später in London werde die Sicherheit oder der Friede kompromittiert werden. Er glaube, so schloß Briand, niemand könne das Recht beanspruchen, ihn für einen Feind des eigenen Landes anzusehen, wenn er den Frieden wünsche. Er glaube im Gegenteil, daß er optimistisch sein dürfe, wenn er die Haltung Frankreichs in der Welt als Friedensmacht ins Auge fasse.

Nach Briand ergriff der ehemalige Präsident der Republik Millerand, der kürzlich die lapidare Formel geprägt hat, daß Briand unter der Fahne des Friedens direkt in einen neuen Krieg hineinsteuere, das Wort, um sofort zu erklären, Briand fühle eine gefährliche Außenpolitik. Sein schlimmster Fehler sei gewesen, eine unterschiedliche Behandlung für die Sicherung der deutschen Ost- und Westgrenze zuzulassen. Genau so gefährlich seien die verfrühten Saarverhandlungen. Briand vertraue einem Deutschen, dessen Minister beinahe täglich die Forderung des Versailleser Vertrages fordere. Seine Außenpolitik sei daher unbedingt zu verwerfen.

Sofort protestierte Briand. Er habe die Locarno-Verträge im engsten Einvernehmen mit Polen abgeschlossen. Schon

der Versailleser Vertrag habe einen Unterschied zwischen den beiden Grenzen Deutschlands gemacht. Auf jeden Fall aber habe Frankreich seine Politik des Egoismus getrieben. Auf keinen Fall habe es Polen aufgegeben, denn es habe Deutschland zu der Verpflichtung getrieben, Polen nicht mit Gewalt anzugreifen. Was die Saarpolitik angehe, so habe er hier in vollem Einverständnis mit Poincaré gehandelt. Die Volksabstimmung sei keineswegs endgültig aufgegeben. Die augenblicklichen Verhandlungen drehten sich nur darum, zu wissen, welche Vorteile Frankreich aus der Aufgabe des Saarlandes erhalten könne. Die Verhandlungen selbst hätten nicht abgelehnt werden können. Schon um der guten Nachbarschaft willen.

Er habe nochmals die Pflicht, wiederholte Briand zum Schluß, dagegen zu protestieren, die Verteidigung der Interessen Frankreichs sei ungenügend. Die Außenpolitik einer Regierung in der Person des Außenministers zu besämpfen sei eine traurige Taktik. Die Regierung sei mit ihm vollkommen solidarisch. Sie werde solidarisch die Haager Vereinbarungen vorlegen und dann könne das Parlament dieselben annehmen oder ablehnen.

Es entspann sich dann noch eine heisse Debatte über die Fassung des Vertrauensvotums, mit dem die Diskussion abgeschlossen werden sollte. Ein von dem Interpellanten selbst eingebrachter Antrag, der allerdings zur Tagesordnung übergeht, ohne der Forderung des Vertrauens auszusprechen, wurde mit 267 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Das Vertrauensvotum dagegen, daß die Politik der internationalen Verständigung, die Politik der Verträge von Locarno und Kellogg-Pactes ausdrücklich billigt, wird mit 253 gegen 2 Stimmen angenommen. (Der Senat 314 Mitglieder zählt, haben sich rund 60 Senatoren der Stimme enthalten, Radikale und Sozialisten, die nicht indirekt der Regierung Lardieu das Vertrauen aussprechen wollten. Red. d. „A.“)

Vorstoß auch in der Kammer bevorstehend.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Geschäftsordnungskommission der französischen Kammer hat dem Drängen des reaktionären Flügels nachgegeben und die Diskussion des Auswärtigen Budgets für kommende Woche angehängt, um den Nationalisten nochmals Gelegenheit zu geben, Briand vor Beginn der Haager Schlusskonferenz einem neuen peinlichen Verhör zu unterziehen. Die Kammer wird nach Erledigung des Gesetzentwurfes über die Verlegung des Budgetjahres am Montag mit der außenpolitischen Diskussion beginnen. Obwohl die Reaktionen einen heftigen Generalangriff gegen die Briand'sche Politik vorbereiten, scheint indessen eine Weihnachtsstille wenig wahrscheinlich. Zwischen Lardieu und der Opposition ist inzwischen eine gewisse Entspannung eingetreten, seitdem Lardieu selbst der Linken einige ostentative Verbeugungen gemacht und in den Wandelgängen der Kammer keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er sich in allen Fragen mit der Außenpolitik Briand identifiziere. In den hiesigen politischen Kreisen hält man es daher für wahrscheinlich, daß die Radikalsocialisten sich zu keiner Angriffsgemeinschaft mit der Reaktion hergeben und einen zu ungelegener Zeit kommenden Sturm des Kabinetts, das auch den Young-Plan auf neue Grundlagen würde verhinbern werden. Um so mehr, als vor dem Zusammentritt des Sozialisten außerordentlichen Parteitag im Januar, der über die Regierungsbeteiligung entscheiden soll, die Bildung eines reinen Sozialkabinetts nicht möglich ist.

Briand hält am 3. Januar fest.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Außenminister Briand hatte am Freitag vormittag eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Hoefsch, die dem Datum der Eröffnung der zweiten Haager Konferenz zur Annahme des Young-Planes galt. Briand hatte bereits in London und Brüssel offiziell mitteilen lassen, daß er in Uebereinstimmung mit den Wünschen Deutschlands an der Beibehaltung des 3. Januar als Termin des Zusammentritts der Haager Schlusskonferenz festhalte.

Das deutsch-britische Liquidationsabkommen.

Die offizielle Reuters-Agentur bestätigt, daß in der Liquidationsfrage zwischen der deutschen und der englischen Regierung ein Uebereinkommen erzielt worden sei. Die Unterzeichnung wird für die nächste Woche erwartet.

Die Sklarek-Untersuchung.

Bezirksbürgermeister vor dem Ausschuß.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages hielt am Freitag seine letzte Sitzung vor den Weihnachtstagen ab. Bernommen wurden eine Anzahl Bezirksbürgermeister, teils solche, die im Verwaltungsrat der Stadtbank gefessen haben, teils solche, die Beschwerden über die Sklarek'schen Lieferungen geführt hatten. Dabei sagte insbesondere Bürgermeister Augustin aus, daß bei allen diesen Beschwerden sofort Stadtmann Galsowski in Tätigkeit getreten sei, um die Angelegenheit gütlich beizulegen.

Als er das einmal abgelehnt habe, habe Herr Stadtrat Pegner ihn angerufen und ersucht, doch keine Schwierigkeiten zu machen.

Er habe sich schon damals sehr gewundert, wie dieser besetzte kommunistische Stadtrat aus einem anderen Bezirk zu einer solchen Intervention komme, an der er faktisch gar nicht beteiligt gewesen sei. Wehnlich sagten die Bürgermeister Doffeln und Reichhelm aus.

Bürgermeister Dr. Herz hat vor Jahren vertraulich an die Vereinigung der Berliner Bezirksbürgermeister zu Händen von Bürgermeister Augustin geschrieben, daß man Wege suchen müsse, von der Alleinlieferung durch die Sklareks loszukommen.

Von diesem vertraulichen Schritt erfuhr Stadtrat Gabel und hat dann deswegen die Bürgermeister Dr. Herz und Feld gerufen.

Am Nachmittage erstattete Abgeordneter Koenneke wiederum Bericht aus den Akten, und zwar über den Prozeß Rosarra und über die Akten der Finanzabteilung II, die seit der Stabilisierung immer auf schleunigsten Abbau der RBB drängt.

Nach dem Vortrag zeigt Oberregierungsrat Laposki dem Ausschuß einige auf Grund seiner Feststellungen gezeichnete Kurven über das Verhältnis von wirklichen und gefälschten Rechnungen.

Insgesamt hatten die Sklareks etwa 5 Millionen wirkliche Forderungen und 21 Millionen fingierte Forderungen bei der Stadtbank eingereicht, von welcher letzteren über 10 Millionen wieder durch fingierte Einziehungen der Bezirksämter abgedeckt worden sind. Die fingierten Rechnungen laufen seit dem Jahre 1923, haben aber seit 1927 erst den riesenhohen Umfang angenommen.

Der Ausschuß vertagte seine weiteren Arbeiten bis zum 13. Januar.

Volksentscheid im Reichstag.

Bequeme Abstimmung der Hugenberg-Leute.

Um den Hugenberg-Deuten im Reichstag die Beteiligung an ihrem „Volksentscheid“ möglichst zu erleichtern, wird in der Sitzung am Sonntagmorgen 0.05 Uhr ein Saal des Reichstagsgebäudes als Abstimmungslokal zur Verfügung gestellt. Sie erhalten Stimmzettel, um fern von ihrem Wohnort wählen zu können. Der Wahlvorstand wird aus Abgeordneten verschiedener Parteien bestehen.

Schwarzweißrot bei Schulfesten. Vor einiger Zeit ordnete die Regierung in Schleswig, Verteilung für Kirchen und Schulfesten, an, daß schwarzweißrote Fahnen, auch über erlebte Schulfesten in dieser Zusammenstellung, bei Schulmessen anlässlich von Schulfesten nicht mitgeführt werden dürften. Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter hat das Staatsministerium in einer kleinen Anfrage um Auskunft, ob es diesen Erlass der Regierung in Schleswig billige. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird diese Frage vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bejaht unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die verfassungsmäßigen Reichsfarben die Farben schwarzrotgold sind.

Der neue Oberbürgermeister von Wuppertal. In der Stadtverordnetenversammlung von Barmen-Elberfeld wurde der bisherige Oberbürgermeister von Barmen, Dr. Hartmann, zum Oberbürgermeister der neuen Wuppertal mit 30 von 70 Stimmen gewählt.

Bundesinnenminister Schumy, den die Heimwehr ausgeschlossen hat, ist nicht christlichsozial, sondern bündnislos.

Beschlüsse des Reichsrats.

Auslieferungsgesetz. — Beamtenvertretungen.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag endgültig das Auslieferungsgesetz nach den Beschlüssen des Reichstags und erklärte sich mit dem vom Reichstag beschlossenen Abänderung des Gesetzes über die Entschädigung der Reichstagsmitglieder einverstanden.

Ferner wurde verabschiedet das Gesetz über Beamtenvertretungen, das dem Reichsrat schon seit längerer Zeit vorliegt. In den Ausschüssen haben drei Lesungen stattgefunden. Entgegen der Regierungsvorlage haben die Ausschüsse beschlossen, daß die Bildung von Hauptbeamten-Ausschüssen nur für Reichsbeamte obligatorisch, für Länder- und Gemeindebeamte aber nur fakultativ entsprechend dem Ermessen der Landesregierungen gelten sollte. Weiter haben die Ausschüsse den Verordnungen gestrichen, die einen Kündigungsschutz der auf Widerruf angestellten Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände enthielt. Während nach der Regierungsvorlage die Regierung allgemein mit der Ausführung der Vorlage beauftragt wurde, soll sie nach den Ausschlußbeschlüssen nur ermächtigt werden, allgemeine Ausführungsbestimmungen mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassen.

Ramens der Reichsregierung beantragte Staatssekretär Zweigert, die Bestimmung über die obligatorische Einführung von Hauptbeamten-Ausschüssen auch für die Länder und Gemeinden wieder herzustellen. Dieser Antrag wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag der Regierung, den Kündigungsschutz für Kommunalbeamte wieder herzustellen, wobei das Stimmverhältnis das gleiche war.

Angenommen wurde dagegen mit 35 gegen 30 Stimmen ein Antrag Hamburgs, die Ausnahmeregelungen für Polizeibeamte und Beamte der Landjägerei zu streichen. Die Reichsregierung erklärte, daß sie sich in den betreffenden Punkten eine Doppellost vorbehalte. In der Gesamtstimmung wurde die Vorlage mit Mehrheit nach den Ausschlußbeschlüssen mit Ausnahme des erwähnten Punktes angenommen. — Bayern stimmte dagegen.

Pletschkaitis will sich rechtfertigen.

Eine Zuschrift aus dem Gefängnis.

Aus dem Untersuchungsgefängnis Insterburg sendet uns Synonymus Pletschkaitis eine Zuschrift, in der er sich energisch gegen die in der litauisch-sozialistischen Emigration mehrfach aufgefallene Behauptung wehrt, wonach er in Verbindung mit Vertrauensmännern von Waldemaras gestanden und von ihnen Aufträge erhalten hätte. Weiter erklärt er, daß er mit der terroristischen Tätigkeit in Litauen keinerlei Beziehungen gehabt habe und daß sein Name in Zusammenhang damit mißbräuchlich genannt worden sei.

Pletschkaitis fügt hinzu, daß er sich in Zukunft jeder politischen Tätigkeit außerhalb Litauens enthalten und nur noch für seine Rehabilitierung gegenüber den erwähnten Anschuldigungen kämpfen werde.

Wir haben uns den Vorwurf der Spionagetätigkeit, der gegen Pletschkaitis erhoben wird, nicht zu eigen gemacht, vielmehr haben wir eingehende Darlegungen, die uns aus den Kreisen der sozialdemokratischen Emigranten zugegangen waren, nicht abgedruckt und Rücksicht auf die besondere Lage der Angeklagten. Ueberhaupt haben wir es für zweckmäßig und loyal den Aussagen des beschriebenen Strafverfahrens abzuwarten, ehe man sich ein endgültiges Urteil über die zumindest recht unklaren Zusammenhänge des Falles Pletschkaitis bildet.

Es liegt übrigens nicht nur im Interesse der fünf Angeklagten, sondern auch im allgemeinpolitischen Interesse, daß der Prozeß endlich statifinde, denn die Festnahme an der ostpreussisch-litauischen Grenze liegt schon über drei Monate zurück. Die Verhandlung war bereits für die zweite Novemberhälfte angekündigt worden, wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben. Es ist Pflicht der Justizbehörden, dafür zu sorgen, daß diese Verzögerung nicht unnötig verlängert wird, zumal es sich um Angeklagte handelt, die in Untersuchungshaft sitzen.

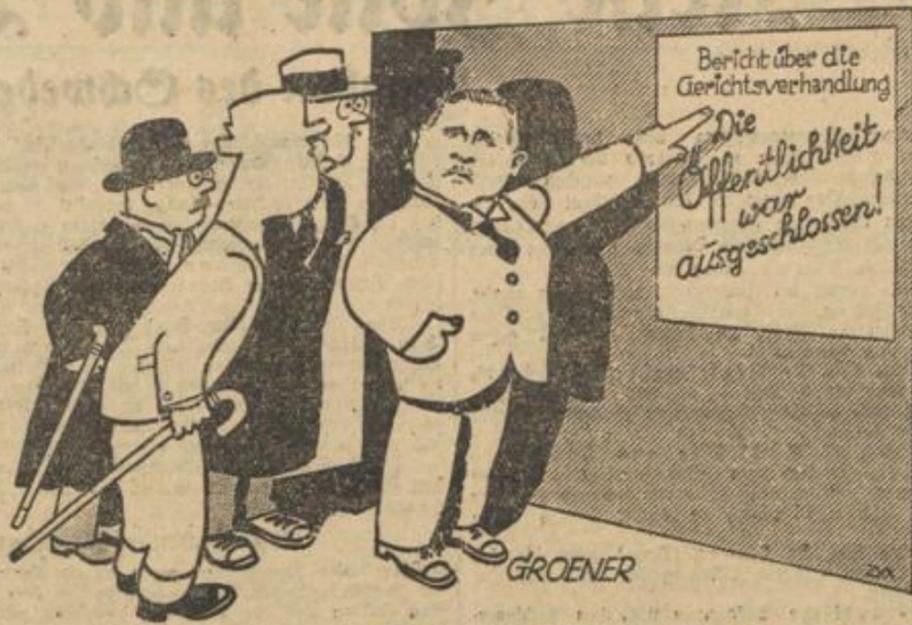
Neue Austreibung von Armeniern.

Aus Anatolien nach Syrien verjagt.

In den Lagen, wo der stellvertretende Außenminister Sowjetrunds, Karachan, sich in Ankara mit den türkischen Paschas, Dichtern seiner Stammesgenossen (er ist armenischer Abstammung) und Unterjochern türkischer Arbeiter verbrüdet und ein neues Zeugnis von der Sowjetliebe zur Remalittatur ablegt, werden neue Tausende von Armeniern aus Anatolien gewaltiam vertrieben. Die heutigen Nachfolger Enver und Talaat Paschas scheinen unzufrieden zu sein, daß nach der staatlich organisierten Massenabfuhr von 1 Million Armeniern in den Jahren 1915 und 1916 Ueberreste ihrer Stammesgenossen in türkisch-armenischen Lagerstätten sind. Da nun einmal die Kemal und Ismet „Politiker“ sind als ihre Vorgänger, so begnügen sie sich damit, daß sie in diesen kalten Winterjahren ihre armenischen „Staatsangehörigen“, vorwiegend Frauen, Kinder und Greise, lebend zur syrischen Grenze treiben. Dabei vergessen sie freilich nicht, ihren neuen Opfern im voraus alles wegzunehmen. Es muß um jeden Preis, schreiben türkische Blätter, Anatolien gesäubert, türkisiert werden.

Die durch den modernisierten türkischen Staat gewaltsam ausgewanderten Armenier sind zumeist aus den Gegenden Kharput und gemäßigten Armenien zum Teil aus den Gegenden Charpuz und waren der Flüchtlinge angekommen. Sie befinden sich in äußerst elendem Zustand. Ihre Stammesgenossen dort tun zwar ihr Möglichstes, um die traurige Lage der Flüchtlinge einigermaßen zu lindern, da sie sich aber selber als Flüchtlinge von gestern in nicht viel besseren Umständen befinden, so kann begreiflicherweise ihre Beihilfe nur eine geringe sein. Es ist demnach am Platze, daß die Flüchtlingskommission des Völkerbundes sowie die französische Mandatarmacht Syriens die notwendige Unterstützungsaktion schnell organisiert. Wie zweckmäßiger wäre es freilich, den Flüchtlingen in Sowjet-Armenien Unterkunft zu schaffen, zumal dies auch ihr Wunsch ist. Die traurige Erfahrung aus der jüngsten Zeit hat jedoch gezeigt, daß in dieser Frage der Völkerbund sowie der Sowjetstaat in gleichen Maße versagt haben. Das Raufen-Program m, durch die materielle Unterstützung des Völkerbundes 15 000 bis 20 000 armenischen Flüchtlinge in der Ararat-Ebene eine Lebensmöglichkeit zu schaffen, scheiterte an dem Widerstande Moskaus und der Weltmächte. Die Karachan und Ruschi, die an ihren Banteln die Freundschaft beider Nachbarländer zueinander heften, können dem armenischen Volke ein neues Unglück erparen. Aber das Schicksal der Armenier interessiert die kemalistische und sowjetische Staatskunst am wenigsten. Die gemeinsame Unterdrückung der Armenier stellt vielmehr den Kitt zwischen den beiden Staaten dar.

Nach dem Kieler Prozeß.



Kriegsminister Groener: „Meine Herren Abgeordneten, hier haben Sie die von mir verheißene restlose Aufklärung der Kieler Munitionsschiebung!“

Neuer Vorstoß gegen J. H. Thomas

Abgewehrt trotz Unterstützung durch die „Schottischen Rebellen“.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus erörterte am Freitag neuerdings die von Thomas eingeleitete Politik der Arbeitsbeschaffung, wobei ein konzentrischer Angriff auf den Minister von Seiten des konservativen Führers Baldwin, des liberalen Führers, Lloyd George und des radikalen schottischen Arbeiterführers Wheatley erfolgte.

Thomas umriß in Beantwortung der Angriffe neuerlich seine bekannten Pläne zur Arbeitsbeschaffung und betonte, daß er alles tue, um solche Arbeiten aus öffentlichen Mitteln zu fördern, die eine dauernde Produktivität der britischen Wirtschaft mit sich brächten. Der Debatte lag der weitere Antrag auf Herabsetzung des Gehalts des Ministers zugrunde. Bei der Abstimmung erzielte die Regierung 220 Stimmen, die Gegner der Regierung 140 Stimmen.

„Daily Herald“ droht mit Neuwahlen.

In einer Würdigung des Ergebnisses der Abstimmung von Donnerstag nach stellt der „Daily Herald“ fest, der Vorgang habe

bewiesen, daß die Arbeiterregierung im Parlament dank der Disziplin der Fraktion die vereinigte Opposition zu schlagen vermochte. Lloyd Georges verantwortungsloses Verhalten werde jedoch unter Umständen dazu führen, daß es viel früher zu Neuwahlen kommen werde, als nötig sei. Das Neujahrsmotto für die Arbeiterpartei lautet, zu neuen Wahlen zu rüsten.

Sokolnikoff beim Prinzen von Wales.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Der russische Botschafter Sokolnikoff überreichte am Freitag dem Prinzen von Wales, der in Stellvertretung des Königs fungierte, sein Beglaubigungsschreiben. Der russische Botschafter begab sich hierauf nach dem Außenamt, wo der Austausch der auf die beiderseitige Propagandatätigkeit bezüglichen Noten stattfand. Die Propagandatausweise schließt auch die britischen Dominien ein, was in zufälligen Noten zum Ausdruck kam.

Der Fall Elisabeth Bergner.

Starwirtschaft an Berliner Theatern.

Die Schauspielerin Elisabeth Bergner ist ihrem Direktor, Dr. Klein, einfach, weggelaufen. Sie meldete sich krank und bestand darauf, nicht mehr spielen zu müssen, obwohl ein ganzes Konzilium berühmter Ärzte die gegenteilige Ansicht vertrat. Dieser Janf zwischen einer launischen Künstlerin und ihrem Direktor scheint bei oberflächlichem Ansehen nur die Leute anzuziehen, die besonderes Bergmügen am Theaterlatz haben. Doch dieser Seitenprung der Frau Bergner hat auch keine verdammt ernste und soziale Seite.

Die Hunderte von ganz oder halb oder gar nicht beschäftigten Schauspielern, die in Berlin um ihr Brot kämpfen, klagen bitter darüber, daß sie besonders in den letzten Jahren durch die Starwirtschaft moralisch und wirtschaftlich außerordentlich geschädigt werden. Die Direktoren stellen meistens ihr ganzes Repertoire auf das Duzend Stars ein, die durch Zufall oder auch durch außerordentliche Begabung an die Oberfläche geschwemmt wurden. Der Star, mag er nun Dame oder Herr sein, zieht zwar unter Umständen zahlende Leute ins Theater, doch er stellt alles auf den Kopf, er macht das Theaterunternehmen zu einem Irrenhaus, in dem nur die noch schlechte oder gute Sonne des stillen Abendhimmels regiert.

Wenn die Direktoren in Berlin so miserable Lagen zahlen, dann drücken sie die kleinen Künstler, weil sie vom großen Künstler dauernd erprezt und gequält werden. Wer die Verhältnisse ein wenig kennt, der weiß, daß diese gequälten Künstler geradezu unter dauernden Nervenschmerzen leiden. Sie werden gedemütigt durch den Star. Ob es im Film oder auf der Bühne ist, die meisten Stars nehmen Manieren an, die schon dem Größenwahn nahe sind. Der Star wird zwar bei allen Veranstaltungen, die etwa zugunsten notleidender Künstler organisiert werden, auf Plakaten und Einladungen mit Riesentypen angezeigt, doch meist bleibt es nur bei der Reklame. Meist denkt der Star gar nicht daran, daß er seinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber auch eine Mindestpflicht der Anständigkeit zu erfüllen hat. Auch die Schriftsteller haben über die Starlaunen ständig zu klagen. Entweder verhurzt ihnen der Star-Regisseur das Manuskript, oder der spielende Star erlaubt sich Eingriffe in den Text des Dichters, die auch den ruhigen und verständigen Dramatiker zur Verzweiflung bringen.

Am schmerzhaftesten ist es aber, wenn der Star, der nun einmal zur gangbaren Komödiantenware geworden ist, nun plötzlich nach tausend Seiten hin verhandelt, nur nicht nach der Seite, mit der er sich bei schlechterer Konjunktur in Verbindung setzte. Dies Verändern gegen Treu und Glauben ist beinahe die alltägliche Gewohnheit der Stars geworden. Und auch Elisabeth Bergner hat nichts anderes getan, als ihren Direktor sitzen zu lassen, weil sie bei anderen Unternehmern plötzlich bessere Chancen erblinnete. Dieses Weiterkommenwollen ist verständlich, doch der Ehrgeiz darf nicht so weit gehen, daß der Star mit Wonne über Belien schreibt. Die Hauptleidtragenden

der Stars sind ja gar nicht die Direktoren, sondern die große Menge der mittleren und kleinen Künstler, die durch diese Starwirtschaft sozial und moralisch immer mehr proletarisiert werden. Der Kampf, der gegen die Starwirtschaft geführt werden muß, hat hauptsächlich ein Kampf der Arbeitnehmer zu sein. Sie müssen sich endlich dagegen wehren, daß sie von den Stars ganz hilflos gemacht werden und den Direktoren auf Geheiß und Verberd ausgeliefert werden. Die Direktoren haben es schon versucht, und sie werden es weiter versuchen, sich gegen den Größenwahn der Stars zu schützen, und sie werden auch wohl einigen Erfolg haben. Die Bühnenkünstler als Arbeitnehmer werden das schon schwerer tun können, denn man muß ihnen ja gerade zu, einen ihrer Kollegen auf die schwarze Liste zu legen. Doch es wird nichts anderes übrig bleiben, wenn die Künstler sich darüber klar geworden sind, daß ihre augenblickliche Misere nichts als das Produkt dieser hier charakterisierten Zustände ist. M. H.

Die Rechtsvertreter von Frau Elisabeth Bergner bestreiten — wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird — die Angaben des Direktors Klein. Sie behaupten, daß ärztliche Autoritäten, wie Geheimrat Krauß und Medizinalrat Peppmann, ein Gutachten abgegeben hätten, nach dem es völlig ausgeschlossen ist, daß Frau Bergner gegenwärtig Proben machen oder spielen könne.

Unsere prinzipiellen Ausführungen über Starwirtschaft werden durch diese Feststellung natürlich nicht berührt.

Ein tiefer Sonnenfleck geistert. Die Hamburger Sternwarte in Bergedorf teilt mit: Ein Sonnenfleck von ungewöhnlicher Größe ist seit einigen Tagen auf der Sonne sichtbar. Er zeigt einen tiefdunklen kernförmigen Kern von etwa 25 000 Kilometer Durchmesser und ist von einem breiten Hof umgeben.

Jar Stalin, geb. Dugolchwiß, wird heute fünfzig Jahre alt. Wie sich's gehört, erhält die Hauptstadt der neuen Tschingel-Sowjetrepublik, bisher Duschambe, den allerhöchsten Namen: Stalinabad. Zwei Städte haben bereits diese Ehre: Stalingrad (früher Stawropol) und Stalin (früher Dufonka).

Dogtom in Jasso. Bei neuen antisemitischen Kundgebungen in Jasso wurden u. a. der Oberabbinder und ein Kantor schwer mißhandelt.

Polnische Senfensibilanz. In einem Interview hat der polnische Justizminister Cor eine Aufstellung der Todesurteile der letzten Jahre gegeben. Nach den Angaben der Presse wurden im Jahre 1924 98 Todesurteile vollstreckt, im Jahre 1925 10 und im Jahre 1926 noch 7 Todesurteile. Im Jahre 1929 ist bisher noch kein Todesurteil vollstreckt worden.

Neue Zölle und Tabaksteuer.

Annahme des Schwedenvertrags.

In der gestrigen Reichstagsitzung, über deren Beginn wir schon berichtet haben, hatte es während der Rede des Kommunisten Pugh heftige Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben. Als Präsident Löbe um Ruhe ersucht, nennen ihn einige Kommunisten „Hausnecht“.

Präsident Löbe rüft die Regel zur Ordnung und droht ihnen im Wiederholungsfall die Ausweisung an.

Außer der bereits gemeldeten Futtergerstenabstimmung wurde, abermals im Hammersprung, der agrarische Antrag, den erhöhten Futtergerstenzoll sofort in Kraft zu setzen, mit 194 gegen 180 Stimmen angenommen.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Breiltscheld (Soz.) wird die Schlussabstimmung über die Vorlage — die unter Bruch der Koalition durch diese beiden Abstimmungen verändert worden ist — auf Sonnabend vertagt.

Das Gesetz, wonach die Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken wieder zum Wohnungsbau verwendet werden sollen, wird nach Zustimmung der Erklärung des ursprünglichen Antragstellers Abg. Lipinski (Soz.) in dritter Lesung verabschiedet.

Ein Einspruch des Abg. Dr. Quast (Dnat.) gegen die ihm in einer früheren Sitzung erteilten Ordnungsrufe wird von der Mehrheit zurückgewiesen.

Das deutsch-türkische Abkommen über den Rechtsverkehr in Zivil- und Handelsachen wird nach dem Ausschussbericht des Abg. Landsberg (Soz.) in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Zusatzabkommens mit Schweden.

Der Schwedenvertrag.

Die Abgg. Geras (Dnat.), Dr. Rademacher (Dnat.) und v. Sydow (Chr.-Nat. Bauernp.) lehnen das Zusatzabkommen ab mit Rücksicht auf die Behandlung der Rindvieheinfuhr und der Pflastersteinindustrie.

Abg. Hörsel (Komm.): Dieses Abkommen ist der Schlüssel zu neuen stärkeren Zollerhöhungen. Darin sind alle Parteien einig, von der SPD. bis zum Hakenkreuz. Das gehört logisch zur Politik des Young-Plans, der Kapitalbildung, des Republikchutzes und der Ausrüstung gegen Sowjetrußland.

Abg. Tremmel (J.) spricht für die Vorlage.
Abg. Raub (Bayer. Bp.) behauptet die Benachteiligung der deutschen Steinindustrie durch den Schwedenvertrag; besonders die Steinindustrie im bayerischen Wald ist in geradezu verwerflicher Lage infolge der zollfreien Einfuhr ausländischer Produkte.

Abg. Meper-Hannover (D.-Hann.) begrüßt zwar den Vertrag an sich, behauptet aber die Konsequenzen, die dafür gemacht werden müssen. Andere Staaten fordern die gleiche Begünstigung, so Dänemark, wie der „Bismarck“ heute sich befindet hat.

Reichsernährungsminister Dietrich widerspricht dieser Auffassung. Die dänische Forderung ist verständlich, aber die Dänen haben kein Recht, ein höheres Einfuhrkontingent zu fordern als Schweden.

Abg. Mollat (Bp.): Die Steineinfuhr ist in fünf Jahren von 140.000 auf 500.000 Tonnen gestiegen, 4000 Steinarbeiter sind brotlos. Die keine Preiserparnis an schwedischen Steinen stellt sich sehr teuer. Wir lehnen das Abkommen ab, was keineswegs eine Spitze gegen Schweden haben soll.

Abg. Dassehl (Soz.):

Wir stimmen dem Abkommen zu. Alle die Parteien, die hier verlangen, daß die Selbstverwaltungskörper bei ihren Bauten mehr deutsche Steine verwenden, haben ihre Vertreter in diesen Körpern und können dort dafür eintreten. Die Provinz Pommern hat jetzt den Straßenbau in eigene Verwaltung übernommen. Sie nimmt zunächst einmal zur Hälfte schwedische, zur anderen Hälfte schlesische Steine. Das können Sie überall so machen. Die Tatsache, daß die schwedischen Steine um 10 Proz. billiger sind, kann natürlich

angesichts der besonders schwierigen Lage der deutschen Steinindustrie und ihrer großen Arbeitslosigkeit

kein Grund sein, ausschließlich schwedische Steine zu verwenden. Uebrigens ist Deutschland am Kapital und an der Verwaltung der schwedischen Steinindustrie stark beteiligt. Die schlesische Steinindustrie, in der auch die deutschen Kommunalverbände ihre Vertreter haben, könnte sehr gut ihr Absatzgebiet im Osten und in Polen erweitern. Dazu müßten allerdings endlich die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mehr in Fluß gebracht werden. Zu bedenken ist aber auch, daß an der Einfuhr schwedischer Steine das deutsche Transportgewerbe ein lebhaftes Interesse hat. Jedenfalls kann praktisch mehr geliefert werden, als durch Festsetzung von Entschärfungen. (Beifall der Soz.)

Der Schwedenvertrag wird mit zwei Entschärfungen zugunsten der vorzugsweisen Verwendung deutscher Steine verabschiedet. — Nach debattierter Erledigung einer Anzahl Ausschussberichte und keiner Vorlagen, folgen

Auslieferungsfälle.

Abg. Dr. Feld (Nat.-Soz.) beantragt Rückverweisung an den Geschäftsausschuss zur schriftlichen Berichterstattung, zumal dieser Ausschuss zur reinen Willkür übergegangen sei, seitdem der Abg. Heilmann dort herrscht.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Gelske (Komm.): Man verlangt die Auslieferung unseres Genossen Stenzle, der bei einer Erwerbslosendemonstration in Reutlingen von der prügelnden Polizei verhaftet worden ist. Wir wissen, daß die Polizei beauftragt ist, besonders gegen Abgeordnete vorzugehen, die mit kommunistischen Demonstrationen marschieren. Im Ausschuss hat Heilmann erklärt, der Volksstaat brauche keine solche Immunität der Abgeordneten wie früher, er wolle sie aushebeln.

Abg. Dr. Feld (Nat.-Soz.) wirft den Sozialdemokraten und ihren „bürgerlichen Trabanten“ Terrorismus vor, weil der Abg. Stöhr ausgereicht werden soll, der als Redakteur der Hakenkreuzpressekorrespondenz geschrieben hat, bei den Bombenattentaten hätten Polizeispäher ihre Hand im Spiel. Früher hat man Abgeordnete wegen Presseverleumdungen ausgeliefert. Verfolgen Sie uns nur, das Volk wird Sie hinwegjagen!

Präsident Löbe: Der Ausschuss schlägt allerdings auch vor, in drei Fällen dem Abg. Dr. Goebbels die Immunität zu gewähren. (Heiterkeit)

Abg. Hildenbrandt (Soz.):

Früher hatten Abgeordnete, gegen die ein Verfahren schwebte, sich bei Beginn größerer Verhandlungspausen dem Gericht zu stellen. Seit Jahren läßt der Reichstag, besonders während der Wahlen, Pausen nicht mehr eintreten, so daß die Abgeordneten fünf Jahre lang für die Gerichte vollständig unabhörbar waren. Dadurch ist es ihnen (zu Dr. Fried) Parierigkeiten möglich gewesen, in öffentlichen Verleumdungen und in der Presse Personen und Gesellschaften in unverantwortlicher Weise zu beschimpfen und zu verleumden. (Dr. Fried: So wie Sie vor der Revolution!) Damals hätte kein Sozialdemokrat derartige Verleumdungen und Beschimpfungen ausprechen können, die Gerichte hätten schon Mittel und Wege gefunden, die Anpreisungen zu schlichten. Niemand hat aber auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter herabverantwortungslos geschimpft und verleumdet. Beweisen Sie Ihre Behauptung, wenn Sie können!

Während früher ganz wenige Immunitätsfälle den Geschäftsausschuss beschäftigten, hat er jetzt immer 30 bis 40 Fälle auf seiner Tagesordnung, von denen durchschnittlich 10 bis 12 auf die Nationalsozialisten kommen.

Dängt bevor Heilmann in den Ausschuss eingetreten ist, hat seine große Mehrheit die Notwendigkeit einer Verringerung seiner Praxis erkannt. Herr Goebbels hat Versammlungspaläste in Hamburg mit der Unterjochung versehen: „Dr. Goebbels, Inhaber der Immunität des Deutschen Reichstags“ (hört, hört!) und hat öffentliche Flugblätter unterschrieben: „Dr. Goebbels A. d. A.“, das heißt „Inhaber der Immunität“. Eine ärgere Verhöhnung des Reichstages und der Immunität ist nicht denkbar. Der Ausschuss würde seine Pflicht verletzen, wenn er nicht Abhilfe gegen solchen Mißbrauch schafft. Herr Stöhr hat übrigens in seiner Korrespondenz nicht etwa nur eine Vermutung ausgesprochen, sondern geschrieben: „Wir behaupten, daß die Serie der in Rede stehenden Bombenanschläge das Werk von Loschpigen der gegenwärtigen Reichshaber ist, es, um es ganz deutlich zu sagen: auf planmäßige Anstiftung der Jürgel, Gejahnst und Severing zurückzuführen, die um jeden Preis die Bevölkerung gegen die NSDAP. aufzuwachen wollen. Wir quittieren mit diesem Hohn über diese hundsartigen Methoden der nachkommunistischen Regierungskunst.“ (hört, hört!) Wenn ein Reichstagsabgeordneter so etwas behauptet und der Minister Staatsantrag stellt, so müßte der Schreiber sich freuen, die Möglichkeit zum Beweis dieser Behauptung zu erlangen. (Sehr wahr!)

Es ist traurig, wenn ein Abgeordneter den Mut nicht hat, seine Behauptung vor Gericht zu beweisen. Damit ist nachgewiesen, daß er wissenschaftlich Falsches behauptet hat und zu selbe ist, den Beweis anzutreten.

(Stürmische Zustimmung. — Präsident Löbe: Ich nehme an, daß Sie damit nicht ein Mitglied des Hauses meinen.) Ich meine den, auf den es zutrifft. (Lebhafter Beifall)

Die Ausschussanträge werden angenommen, Stöhr wird ausgeschieden, bei Stenzle wird das Verfahren bis zur Sommerpause eingestellt.

Es tritt darauf eine Pause bis 5 Uhr ein, da der Präsident einige Stunden vorher die zweite Beratung der Tabaksteuervorlage auf diesen Zeitpunkt angelegt hatte.

Um 5 Uhr beginnt die zweite Beratung des Tabaksteuergesetzes.

Abg. Dr. Marum (Soz.):

gibt folgende Erklärung ab: Der Abg. Ende hat mich gestern gefragt, welche Rolle ich bei dem Verkauf der Firma Baischari an die Firma Reemtsma gespielt habe. Ich antworte darauf: Gar keine; ich habe mit dem Verkauf nichts zu tun gehabt. Der Abg. Ende hat mich ferner gefragt, ob es wahr wäre, was man sich unter den badischen Bauern erzählt, daß ein Honorar von 1000 Mark für meine Vermittlungstätigkeit zwischen den Firmen Kinnour und Horn bekommen habe. Ich antworte darauf: Eine Vermittlungstätigkeit zwischen Kinnour, den ich gar nicht kenne und Horn habe ich niemals ausgeübt, und kein Honorar dafür bekommen. Die Bauern in Baden erzählen sich das auch nicht. So leichtsinnig sind die Bauern nicht, das ist lediglich der Abg. Ende.

Die Anwaltsfirma, welcher ich angehöre, hat die Firma Baischari in Rechtsangelegenheiten vertreten und dabei die in der Gebührenordnung bestimmten Gebühren erhalten. Mit der ganzen vom Abg. Ende berührten Angelegenheit sind wir jedoch niemals befaßt gewesen. Nehaliche Behauptungen standen auch in der „Kölnischer Zeitung“; sie sind von mir am 14. Juni 1929 bestritten worden. Auch die übrige badische Presse hat diese Richtigstellung von sich aus gedruckt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Ende (Komm.): Es genügt, daß der Reichstagsabgeordnete Marum als Rechtsanwalt die Firma gegen das Reich vertreten hat. Da es sich um ein Millionenobjekt gehandelt hat, wird das Honorar entsprechend gewesen sein. Wie paßt das zu der hier so gerühmten Würde eines Reichstagsabgeordneten. Der Redner behauptet die einzelnen Parzellen durch, kommt schließlich zu den „National-Deutschen“ und behauptet, daß der Konzern Reemtsma-Reuerburg die rechtswidrigen Wehrverbände stark fördert. Der Reichsfinanzminister hält es nicht der Mühe wert, hier für dieses Gesetz einzutreten. Er oder Staatssekretär Popß gestatten ihren Beamten nicht, vor Gericht gegen die angeleglichen Verleumdungen über die Verbindung Reemtsma-Reichsfinanzministerium aufzutreten.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

erklärt gegenüber den Behauptungen Endes, daß die Ehrenhaftigkeit der angegriffenen Beamten des Reichsfinanzministeriums außer Zweifel stehe. Im Ausschuss hat das Reichsfinanzministerium die Angriffe der Kommunisten wegen unzulässiger Begünstigung der Firmen Baischari und Reemtsma-Reuerburg widerlegt. Da diese Behauptungen mit dem vorliegenden Gesetz nicht in direktem Zusammenhang stehen, kann ich jetzt dazu eine Erklärung nicht abgeben, behalte mir jedoch vor, im Haushaltsausschuss bei der Etatsberatung darauf zurückzukommen.

Abg. Dr. Rademacher (Dnat.) hält eine Rede gegen das Finanzprogramm der 14 Punkte, wobei er die darin geplante Steuererhöhung als so gering bezeichnet, daß man dazu gehört, sie vorzuschlagen. Außerdem seien diese 14 Punkte gar nicht ausführbar. Infolge dieses Gesetzes werden zwar die Zigaretten nicht teurer werden, aber der inländische Zigarettenkonsum um ein Drittel, während der ausländische im gleichen Preis bleibt, was wieder den Absatz des Inlandtabaks stark schädigen wird. Da das Gesetz eine

Vorstufe zum Reichsmonopol, also Staatssozialismus

ist, den wir bekämpfen, lehnen wir die Vorlage ab. Wie die Sozialdemokratie 1918 den Zusammenbruch vor ausländischen Waffen benutzt hat, um unseren Volk ihren Staat aufzuzwingen, so benutzen Sie jetzt die Wirtschaftsmacht des Reiches, um ihm Ihre Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Wir warnen vor diesem Wege.
Abg. Köpfer (Bp.): Die Vorlage wird Lohnbewegungen hervorgerufen, und nicht nur einer überragenden Industrie, die bereits in einer Hand vereinigt ist. Wir lehnen das Gesetz ab.

Abg. Reddenleip (Chr.-Nat. Bauernp.) spricht gleichfalls gegen die Vorlage.

Nach einer Rede des Abg. Ende (Komm.) wird das Tabaksteuergesetz unter Ablehnung der Oppositionsanträge angenommen. Für die Einlegung eines Untersuchungsausschusses wegen der behaupteten Tabaksteuererhöhungen erheben sich nur 57, während 99 erforderlich wären.

Gegen 7 Uhr abends vertagt sich das Haus auf heute, Sonnabend, 11 Uhr: Tätigungsfondsgelehes, dritte Lesung der Tabaksteuer, Schlussabstimmung über das Zollgesetz, vorher Wiederholung der Abstimmung über den Futtergerstenzoll.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, diese Abstimmungen heute vormorg zu nehmen (Rufe links: damit Sie gleich abfahren können!) wird abgelehnt.

Präsident Löbe stellt zur Erörterung, ob die dritte Lesung des Tätigungsfondsgelehes am Sonntag oder am Montag erfolgen soll. Gegen den Sonntag spricht, das verschiedene Abgeordnete für den Volkseinstich zu stimmen wünschen.

Die Innenminister des Reiches und Preußens haben sich jedoch bereit erklärt, diesen Abgeordneten ohne Rücksicht auf ihren Wohnort die Abstimmung in Berlin zu ermöglichen

und zwar in einem Hotel nahe dem Reichstagsgebäude.

Abg. Schulz (Dnat.) wünscht unter stürmischer langanhaltender Heiterkeit, daß das Abstimmungshotel für diese Abgeordneten in das Reichstagsgebäude verlegt und ihnen die Abstimmung in den ersten Morgenstunden des Sonntags ermöglicht werde.

Präsident Löbe: Das wäre vielleicht zu erreichen, aber dann müßte der Wahlort aus Abgeordneten der verschiedenen Reichstagsfraktionen gebildet werden. (Große Heiterkeit.)

Unter Ablehnung eines kommunistischen Antrags, die letzte Sitzung vor Weihnachten am Montag vormittag abzuhalten, wird beschlossen, diese Sitzung am Sonntag 5 Minuten nach 0 Uhr beginnen zu lassen.

(Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmeppen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Anstalten: E. B. Böker; Soziales und Sonstiges: Fritz Korbach; Anzeigen: Ed. Stöckel; Anstalt in Berlin: Verlag: Formwirts-Verlag G. u. S. O. Berlin; Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 46, Lindenstraße 4; hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Witter“.

Preiswerte Weihnachtsgewand

für Mann - Frau - Kind

Lumberjacks mit Reißverschluss	27.- 24.-	18.-	Pyjama	16.50 12.00	8.50	Krawatten	4.50 2.10	1.50
Hausjacken	33.- 24.-	16.50	Oberhemden	10.50 8.75	6.90	Cachenez	6.- 3.25	1.75
Schlafrocke	48.- 39.-	29.-	Untergarnituren	11.00 7.20	4.75	Handschuhe	6.75 2.75	1.20
Strickwesten	21.- 10.-	6.95	Socken	2.25 1.70	0.95	Hüte	13.50 7.50	4.50
Pullover	21.- 15.-	12.50	Sportstutzen	5.25 3.75	1.75	Mützen	4.50 2.75	1.80
Strickkleider	32.- 27.-	24.50	Strümpfe	3.50 2.95	2.30	Taschentücher	0.70 0.40	0.20
Ski-Anzüge	55.- 39.-	29.-						
Windjacken	27.- 24.-	21.-						
Winterjoppen	33.- 24.-	18.-						
Lodenmäntel	45.- 27.-	18.-						
Knabenmäntel	24.- 18.-	10.50						
Knabenanzüge	30.- 24.-	16.50						

Baer Sohn & Co.

Chausseestraße 29/30
Untergrundbahnhof

Sonntag, den 22. Dez. von 2-6 Uhr geöffnet!

Berlin in Not

Oberpräsident diktiert: Sparen! - Stadtparlament gegen Tarifschraube

Der Spardiktator für Berlin ist da! In der Stadtverordnetenversammlung meldete gestern Bürgermeister Scholz, daß es soweit gekommen ist. Der Oberpräsident hat als Vertreter der staatlichen Aufsichtsbehörde weitgehende Ausgabenbeschränkung angeordnet.

Stadtaus den Tarifen der Werte und des Verkehrs erhöht wurden, damit eben erhöhtem Kredit erhöhte Einnahmen gegenüberstehen. Hätte der Magistrat die Tarifserhöhung nicht beschlossen, so wären sie von der Aufsichtsbehörde angeordnet worden.

darauf hinaus, die Berliner Werte in die Hand zu bekommen. (Bravo bei den Saa.) Hätte die Stadtverwaltung darin eingewilligt, so wären Berlin Kredite über Kredite gewährt worden.

Finanzgebarung der Stadt

und wegen der Tarifierhöhungen auf der Tagesordnung. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird ersucht, dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich einen umfassenden Bericht über die gesamte Finanzlage der Stadt Berlin zu geben und alle hierzu erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen und vorzulegen.

Die Kommunisten lehnten in ihrem Antrag die Tarifierhöhungen ab, die Zentrumsleute verlangten ebenfalls Rückprüfung der Finanzlage.

Bürgermeister Scholz zu einer Erklärung

das Wort: Die auf 400 Millionen Mark angewachsene kurzfristig abzutragende Schuld der Stadt Berlin erfordert schon im Sommer, ganz besonders aber jetzt im Herbst die Stappung öffentlicher Bauten und der Wohnbauten. Ueber den in diesem Jahre schwereren Dezemberurlaub sollte die vielbesprochene 15-Millionen-Dollaranleihe hinweggeholt werden.

Die Lage der Stadt ist schwer, sie ist traurig, betonte der Rabener. Der Magistrat bedauerte auf das lebhafteste, gerade den Bedürftigsten zu Beschnitten nicht mehr geben zu können.

Ein Redy, von einer Katastrophe Berlins sprechen zu können, hat niemand.

Reich, Staat, andere Städte haben die gleichen Sorgen, aber Berlins Besitztum ist unberührt. Ist gut, es ist nicht zu erschüttern, besonders was bisher die Steuerkraft und die Tarife nicht übermäßig angespannt waren.

Von den Kommunisten begründete Bied die Anträge, die sich gegen die Tarifierhöhungen wenden. Er sprach von einer Täuschung der Massen, von einer Ausplünderung der Massen durch die Sozialdemokratie.

Genosse Loewy.

Er betonte zunächst, daß sich der Borrdner, der neugewählte kommunistische Stadtverordnete Bied, keine Mühe gegeben habe, die Verhältnisse in Berlin kennen zu lernen, und daß seine Rede danach zu bemerken sei.

Wir Sozialdemokraten sehen die Vermögenslage Berlins immer noch für gut an.

(Ungehöriger Lärm im Hause.) Berlins Verschuldung ist lange nicht so groß wie die des kleinen Vorkriegs-Berlins und der dazu gehörigen Provinz. Vor dem Kriege betrug die Gesamtverschuldung 2 Milliarden Mark, ohne daß man das Vermögen der Stadt und der Provinz auf diese Summe ansetzen konnte.

Vertreter der Großindustrie und des Reichsbankpräsidenten schäbt in Berlin zu sein.

(Großer Lärm im ganzen Hause.) Diese Diktate kosten der Stadt ein halbes bis dreiviertel Prozent Zinsen mehr. Wenn überall von Sparsamkeit geredet wird, dann hätte auch die Aufsichtsbehörde vermeiden sollen, daß ihre Einsprüche solche Rückwirkungen haben.

Der Antrag des Zentrums begründete Stadtrat, Lange. Er protestierte gegen die Tarifierhöhungen. Der Magistrat hat Geld ungenügend ausgegeben, er kann also offenbar nicht verwalten.

Von den Demokraten sprach Stadtratsordner Schabert. Dem Nationalsozialisten Löpelmann wurde der Vorkleberstellvertreter logen, daß er noch neu in der Versammlung sei und daß es nicht üblich sei, von hochberühmten „Oberbunzen“ zu sprechen.

Damals
Roman von
Kwankeilbut
Irene wurde rot. Er sagte zu dieser Frau also du. Aber da hörte sie, indem sie schon einstieg, ihn draußen dem Chauffeur als Ziel sein eigenes Haus bezeichnen.

Brief, der war kurz, und auch der war an Albert gerichtet. Sie trug ihn in der Nacht noch zur Post. - Sie wollte ihn sprechen, stand in dem Brief. Weiter nichts.

Die Gräfin kam die Treppe herauf, sie sagte leise an die Tür; die Tür war verschlossen. Also sah Irene immer noch in ihrem Zimmer und schrieb.

man lassen andere Neuheiten. — Nach Schlußworten der Fraktionen wurden die Abstimmungen vorgenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Änderungsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der einseitig vom Magistrat angeordneten Erhöhung der Tarife der Werke und Verkehrsunternehmungen nicht zu, mißbilligt diesen Beschluß und erwartet, daß in Zukunft der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Dieser Antrag wurde mit 139 von 141 abgegebenen Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Ein kommunistischer Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Rationalsozialisten abgelehnt; angenommen mit geringer Mehrheit wurde ein kommunistischer Protestantrag gegen die Tarifierhöhungen, ebenso ein Antrag des Zentrums auf sofortige Prüfung der Finanzlage durch den Haushaltsausschuß. Abgelehnt wurde ein deutschnationaler Antrag, der die Bewilligung der Tarifierhöhung durch den Magistrat mißbilligt.

Brand auf der New-Yorker Untergrund

Fünzig Passagiere verletzt.

New York, 20. Dezember.

Ein aus sechs Wagen bestehender Zug der Untergrundbahn Brooklyn-Manhattan geriet im Tunnel unter dem East River, der die Stadtteile Manhattan und Queens verbindet, infolge Kurzschluß in der Stromleitung in Brand. Der Zug wurde sofort angehalten. Die Passagiere bewährten sich infolge der durch die brennenden Isolierungen entstehenden Dämpfe größte Mutregung. Zahlreiche Personen versuchten sich den Ausgang aus dem Zuge zu erkämpfen. In dem furchtbaren Gedränge erlitten viele Quetschungen, andere Schallwunden durch Splitter der eingeschlagenen Fensterscheiben. Nach Ausschaltung des Stromes rückten die Passagiere aus den Wagen in den tauchersicheren Tunnel. Einige stiegen auf dem Gleise zu der 800 Meter entfernten Station Queens Plaza, andere zu den Notausgängen und kletterten zu der über dem Tunnel liegenden Insel Welfare hinaus. Die übrigen Passagiere wurden von einem Hilfszuge hinausgebracht. Im ganzen wurden bei dem Unglück 50 Passagiere, darunter mehrere Frauen, verletzt.

Mauereinsturz in Wilmersdorf.

Ein Arbeiter getötet, drei weitere verletzt.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Mansfelder Straße 11 in Wilmersdorf ein folgenschweres Einsturzungsunglück, bei dem ein Arbeiter erschlagen wurde und hilflos erlitt. Drei weitere Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen.

Auf dem Grundstück Mansfelder Straße 11, Ecke Hohenzollernpark, wird zur Zeit ein Neubau aufgeführt. Auf dem Hof wurde eine etwa drei Meter hohe und zehn Meter lange Giebelmauer errichtet. Längs dieser Mauer wurden nun seit einigen Tagen Ausschachtungen vorgenommen. Inmitten der Arbeiten erfolgte gestern nachmittag gegen 14 Uhr aus noch unbekannter Ursache ein Erdbeben und die Mauer stürzte in ihrer ganzen Länge plötzlich krachend zusammen. Während die Gefahr von einem Teil der Bauarbeiter, die an der Unfallstelle beschäftigt waren, rechtzeitig erkannt wurde und die Männer sich nach in Sicherheit bringen konnten, wurden vier Arbeiter unter den niederstürzenden Sandmassen und den viele Zentner schweren Mauerblöcken begraben.

Im Augenblick war die gesamte Belegschaft des Baues alarmiert. Mit größter Eile wurden die Trümmer beseitigt und schon nach kurzer Zeit gelang es, drei der Verletzten, den 30jährigen Bauarbeiter Eymontt Gustowitsch aus der Düsselbacher Str. 13 in Wilmersdorf, den 47jährigen Paul Bachert aus Nichtenberg, Wiesenweg 14 und den 17jährigen Lehrling Herbert Jauch aus der Brunhildstraße 8 in Schöneberg, zu bergen. Die Verunglückten wurden durch Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achsenbohrstraße gebracht. Von dem vierten Bauarbeiter, einem 30jährigen Hermann Riefe aus Kienitz bei Hohen war zunächst keine Spur zu entdecken, er war völlig verschüttet. Die alarmierte Feuerwehr konnte den Verunglückten nach langen Bemühungen nur noch als Leiche ausgraben.

Von der Polizei ist sofort eine Untersuchung über die Ursachen des Unglücks eingeleitet worden.

Das Gatower Autounglück.

Die Berufung des Kaufmanns Riefe verworfen.

In mehrstägiger Verhandlung beschäftigte sich der 11. Große Strafsammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Strahlheim nochmals mit dem Autounglück auf der Gatower Chaussee.

Wie erinnertlich, war Ende Juni der Zeitungshändler Erik Eugele und dessen Frau, die vor ihm auf dem Rade saß, von dem entgegenkommenden Auto des Kaufmanns Riefe nachts erfaßt und getötet worden. Riefe hatte sein Auto kurz hinter der Unfallstelle angehalten und hinaus gesehen. Da er aber nichts erkennen konnte, war er weitergefahren. Das Schöffengericht hatte Riefe nicht nachweisen können, daß er falsch gefahren sei und hatte ihn von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen, dagegen zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, weil er die von ihm überfahrenen Personen in hilfloser Lage zurückgelassen hatte. Gegen das Urteil hatten sowohl Staatsanwaltschaftsrat Drimann, als auch Rechtsanwalt Dr. Arthur Brand

Der Einheitsfahrtschein bleibt

Stadtrat Reuter über die Erhöhung der Verkehrstarife

Es wird eine Tarifgemeinschaft mit der Stadt- und Ringbahn angestrebt

Gestern Abend sprach über den Berliner Kundendienst der Vorsitzende des Ausschusses der Berliner Verkehrs-Aktien-Gesellschaft, Stadtrat Genosse Ernst Reuter, über die Gründe der Erhöhung der städtischen Verkehrstarife.

Die Tarife der städtischen Verkehrsmittel seien für die wirtschaftlichen Interessen aller Schichten der Bevölkerung von so starker Bedeutung, daß stets das menschenmöglichste versucht werden müsse, um sie so niedrig wie irgend möglich zu halten. Der augenblicklich in Kraft befindliche Tarif sei im Frühjahr 1927 festgesetzt worden. Er habe zum ersten Male drei bisher völlig getrennt arbeitende Gesellschaften einheitlich zusammengelöst. Eine solche Regelung werde zurzeit auch in anderen Reichstädten, allerdings mit weniger Erfolg, angestrebt. Mancher nehme dazu, den heutigen Tarif mit dem Vorkriegsstarif der ehemaligen Großen Berliner Straßenbahn zu vergleichen. Das Reg aber in keiner Weise mit dem Reg der heutigen städtischen Bahnen vergleichen. Bei U-Bahn und Omnibus hätten damals Staffeltarife bestanden, deren Fahrpreise weit über die heutigen hinausgingen. Auch die bisherigen Abonnementspreise lagen zum Teil weit unter den Preisen der Vorkriegszeit. Es gebe tatsächlich keine Stadt in der Welt, die eine derartige Preisentwicklung nach unten habe aufrecht erhalten können, wie es bisher Berlin getan habe. Es sei ein sehr verbreiteter, wenn auch leicht verständlicher Irrtum, daß man glaube, die VVB. nehme für jeden Fahrgast 20 Pf. ein. In Wirklichkeit betrage die Einnahme für die Gesellschaft pro Fahrgast im Durchschnitt nur 13,7 Pf. Schon lange vor Berlin hätten andere Großstädte, wie z. B. Wien und Leipzig, den Preis für eine einfache Straßenbahnfahrt auf 25 Pf. festgesetzt. Man habe vorgeschlagen, die zweite Wagenklasse bei der Hoch- und Untergrundbahn wieder einzuführen, um dadurch eine neue Einnahmequelle zu schaffen. Dieser Vorschlag müsse rundweg abgelehnt werden. In

der Vorkriegszeit habe das Schwerkraft des Schnellbahnen neben im Westen Berlins gelegen.

In der Nachkriegszeit habe die Stadt ganz bewußt das Untergrundbahnnetz gerade in den Stadtteilen ausgebaut, die früher vernachlässigt wurden, nämlich in den dichtbesiedelten Arbeiterbezirken.

Andere Vorschläge seien dahingegangen, an Stelle eines Einheitsstarifes einen Zonen- oder Staffeltarif schon deshalb festzusetzen, weil es sowohl nach verkehrstechnischen wie auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr schwierig sei, gerechte Grenzpunkte zu schaffen. Zonenstarife mittlerer deutscher Städte seien überdies bis zu 40 Pf. heraufgegangen. Bei der Aufrechterhaltung des Einheitsstarifes habe man das Wohl der Berliner Fahrgäste im Auge gehabt. In einer Stadt wie Berlin sei es oft unmöglich, von einer Stelle zur anderen mit nur einem Verkehrsmittel zu gelangen. Die Umsteigerberechtigung aber gebe auch die Möglichkeit, das Einsteigen besser und wirtschaftlicher zu gestalten. Auch das liege selbstverständlich im Interesse der Allgemeinheit. Es fehle noch die Verbindung der städtischen Verkehrsmittel mit dem Reg der jetzt elektrifizierten Stadt- und Ringbahn. Es konnte darauf an, dieses Reg in eine möglichst enge bauliche und betriebliche Verbindung mit dem städtischen Reg zu bringen. Man hoffe, bereits im kommenden Jahr in Verbindung mit der Eröffnung der neuen großen Schnellbahnlinien auch in dieser Richtung voranzukommen. Bisherige werde es möglich sein, der Berliner Bevölkerung durch diese neue Verkehrsvereinfachung einen kleinen Ausgleich für die notwendig gewordenen Erhöhungen der Fahrpreise zu verschaffen. Wie allgemein bekannt, seien diese Erhöhungen durch die schwierige finanzielle Lage der Reichshauptstadt notwendig geworden und durch den Erfolg jener Politik, die die dringend notwendige Aufnahme von langfristigen Anleihen zurzeit so gut wie unmöglich mache.

für den Angeklagten Berufung eingelegt. Es fand eine erneute, sehr eingehende Beweisaufnahme unter Vernehmung zahlreicher Sachverständiger vor der Strafsammer statt. Es wurde auch wiederum ein Lokomotiv auf der Gatower Chaussee vom Gericht abgeholt. Auf Grund der Gutachten konnte der Staatsanwalt seine Berufung nach der Richtung der fahrlässigen Tötung nicht aufrecht erhalten und zog sie zurück. Das Gericht hatte daher nur noch zu entscheiden, ob Riefe das Ehepaar in hilfloser Lage zurückgelassen habe. Das wurde von der Strafsammer gestern nachmittag bejaht. Der Angeklagte habe selbst zugegeben, daß er das Kraftfahrerehepaar gesehen habe, als es seinen Wagen entgegenkam, und ferner habe er zugegeben, daß er unmittelbar darauf einen kumpfen Schlag an seinem Wagen verspürt habe. Als langjähriger Kraftwagenführer wußte er die beiden Vorfälle in Zusammenhang bringen und mit einem Unfälle rechnen. Nach Anschlag des Geräusches hat er daher durch sein Weiterfahren die Verletzten in hilfloser Lage zurückgelassen. Die Berufung des Angeklagten wurde daher auf dessen Kosten verworfen.

Das Groninger Explosionsunglück.

Fünf Todesopfer des geplatzten Schiffes.

Amsterdam, 20. Dezember.

Ueber das Explosionsunglück bei Groningen erzählen Augenzeugen: Der Schlepper, der nicht aus Rotterdam, sondern aus Leeuwarden kam, war mit fünf Schiffen im Schleppzug an der Brücke angekommen und wartete, bis die Durchfahrt frei wurde. Plötzlich kam es zur Explosion. Eine gewaltige Flamme schlug empor. Der Schlepper wurde in zwei Stücke gerissen, die kurz darauf sanken. Die Anzahl der Toten ist auf fünf gestiegen. Die Leiche des Schiffers, die hunderte Meter durch die Luft geschleudert wurde, fiel durch das Dach eines Hauses in eine Küche. Die Leiche des Knachts wurde gegen das Fenster einer Wohnung geschleudert, das zertrümmert wurde. In den Häusern um Rat wurden sämtliche Fenster eingedrückt. Ein Wagen wurde durch umherfliegende Eisenstücke zerstört. Ein Haus ist eingestürzt; die darin wohnende Familie konnte durch die Feuerwehr gerettet werden.

Spiel mit Menschenleben.

Von einem Augenzeugen des Donnerstagsmorgens am Alexanderplatz wird uns geschrieben:

Mit welcher beispiellosen Gewissenlosigkeit und kalten Berechnung die kommunistischen Drahtzieher mit Menschenleben spielen, wurde jedem klar, der gestern Abend in die Vorgänge am Alexanderplatz hineingeriet. Wie stets um die Weihnachtszeit, sind die Geschäftsstraßen dieser Gegend in den späten Nachmittagsstunden überfüllt. Um 7 Uhr spielen dann noch die großen Warenhäuser unübersehbare Menschenmengen aus. In der Mehrzahl Frauen, einkaufende Hausfrauen, vielfach mit Kindern, dazu das Heer der Verkäuferinnen. Und gerade gegen 7 Uhr versuchen die von unverantwortlichen „Führern“ ausgehenden Erwerbslosen in dieser drangvoll fürchterlichen Enge zu „demonstrieren“, ausgerechnet hier, nicht etwa am Kurfürstendamm, nein, hier am Alexanderplatz! Schupoemann, die das gefährlichste Aufeinanderprallen geballter Menschenmassen mit größter Anstrengung verhindern wollen, werden von diesen klassenbewußten Proletariern bedröht, plötzlich fliegen Steine. Man hat ja die Demonstrationen

wahlweislich in die engen Gänge des Alexanderplatzes geführt, wo zur Zeit Steine und Laternen leicht greifbar sind. Steinhagel, wildes Stoßen und Rennen, Schreien und Johlen auf der einen Seite, Schreckschüsse und Gummiknüttel auf Seiten der bedröhten Polizei, die mit größter Anstrengung ein Wassermantel zu verhindern sucht. Gewalttames Durchbrechen der Postenkette, und mitten drin all die Hunderte von gänzlich unbeteiligten Frauen, die vergeblich aus dem Gewühl zu entkommen suchen. Kinder werden von den Müttern gerissen, Schreie, eine Frau ist von einem Stein getroffen, ein Mädchen niedergestoßen. Hier zeigt eine Proletarierfrau schlüssend ihre leere Marktasche. Geld, Eingekaufenes, alles ist ihr gestohlen worden. So sieht eine Demonstration gegen das letzte, postgefehlene Bürgerium aus! So sieht die KPD. „Klassenbewußte Solidarität“. In der argesten Menschenmenge aber taucht hier und da ein descheidender junger Mann in Wirkliche und Wandstocher auf, der — als Augenzeuge! — mit entsetzter Miene erzählt: „Ein Loter! Vor dem Bahnhof liegt ein Loter! Sie haben einen Toten weggeschafft! Es sind gar keine Schreckschüsse, es wird ja Schuss geschossen! Ein Loter!“ So sucht er, ein bewußter Propagandist der KPD, die Aufregung zu steigern und die Katastrophe zu schaffen, deren die kommunistische Partei für ihre unaufrichtigen politischen Zwecke bedarf.

Vor dem Schnellrichter.

Der Demonstrationsskandal der Kommunisten konnte selbstverständlich nicht ohne Widerstand gegen die Anordnungen der Polizei abgehen. Zwei von den Verhafteten erschienen dem Schnellrichter vor dem Schnellrichter. Eine Stenotypistin und ein Fleischergehilfe. Beide erklärten, an der Demonstration nicht teilgenommen zu haben. Die Stenotypistin, die sich am Eingang des Karl-Liebknecht-Hauses am Bülowplatz befand, wußte nichts Besseres als den Beamten, die die Menge aufordneten, auseinanderzugehen, zweimal hintereinander entgegenzurufen: „Sie sind wohl verrückt“. Als sie zwangsgewaltig werden sollte, perforte sie einem der Beamten einen so wichtigen Faustschlag ins Gesicht, daß er an den Zähnen blutete. Der Fleischer, der dem Lenin-Bund angehört, machte ausgerechnet am Rathaus seine Weihnachtseinkäufe und gefiel sich gleichfalls im Kondolieren. Auch er leistete bei der Zwangsstellung Widerstand und die Menge auch er vor dem Schnellrichter erscheinen. Lediglich war dieser Fleischer bereits einmal wegen Sachbeschädigung und ein anderes Mal wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs verurteilt. Er erhielt 3 Tage Haft, die Stenotypistin 4 Tage Haft. Beide wurden aus der Haft entlassen und beiden gegenüber deutete der Richter an, daß eventuell auch eine Bewährungsfrist in Betracht kommen würde.

Zum Oberbürgermeister von Batman-Eberfeld wurde der bisherige Oberbürgermeister von Dornen, Dr. Hartmann, mit 39 von 70 Stimmen gewählt. Zwanzig Stimmen entfielen auf Dr. Kirchsbaum, den bisherigen Oberbürgermeister von Eberfeld, sieben auf den Kommunisten Schulte (Düsseldorf), zwei auf den Rationalsozialisten Gregor Straßer (Berlin).

Ausstellung „Tod und Terror in Jugoslawien“. Die Ausstellung wird wegen des erfreulich starken Zuspruches bis auf Sonntag, den 22. Dezember, verlängert und ist von 11 bis 18 Uhr abends im „Sturm“, Kurfürstendamm 173, bei freiem Eintritt zu besichtigen. Bis jetzt besuchten 1500 Personen die Ausstellung.

HONIGKUCHEN

- Weihnachtsgrüße . . . 0.50
- Dessert-Kuchen . . . 0.50
- Berliner Hapen . . . 0.50
- Makronen-Kuchen . . . 1.-
- Prinzel-Kuchen . . . 1.-
- Honig-Katharinen . . . 0.40
- Schokoladen-Kuchen . . . 0.60
- Bitte erledigen Sie: Weißer Lebkuchen . . . 0.65
- Ihre Weihnachts- Frucht-Kuchen . . . 0.95
- Blankaufe frühzeitig! Sport-Kuchen . . . 1.-



MARZIPANE

- Marzipan-Teigebäck 1/2 0.75
- Marzipan-Kartoffeln 1/2 0.70
- Marzipan-Brote mit Ananas
- Erstklassige Schokoladen
- Marke Sonne . . . 0.60
- Marke Krone . . . 0.50
- Marke Milch-Nuß . . . 0.60
- Marke Vollmich . . . 0.60
- Marke Vanille . . . 0.40
- Pralinen in allen Preislagen
- Bitte erledigen Sie Ihre Weihnachts-Einkäufe frühzeitig!

CYLIAX FABRIKATE DIE GROSSE QUALITÄT

FILIALEN IN ALLEN STADTEILEN — TAGLICH FRISCHE WARE

Die kommunale Entschuldungsaktion. Stellungnahme des Landkreistages.

Die Pressestelle des Landkreistages teilt mit:
In den programmatischen Erklärungen der Reichsregierung durch Reichsminister Müller, sowie auf der Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages ist auf die Notwendigkeit einer Gesundung der kommunalen Kredite und der kommunalen Finanzen hingewiesen. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich schon vor einiger Zeit mit diesen Fragen grundsätzlich beschäftigt und Maßnahmen beschlossen, die auf diesem Gebiet eine Selbsthilfsaktion einleiten. In folgerichtiger Fortführung dieses Gedankens stehen jetzt die technischen Durchführungsmaßnahmen zur Debatte.
Als Ausweg aus der bedrängten Finanzlage ist in letzter Zeit auf eine verstärkte Staatsaufsicht vielfach hingewiesen worden. Der Landkreistag steht wie die übrigen kommunalen Spitzenverbände auf dem Standpunkt, daß kommunale Selbstkontrolle und kommunale Selbstbeschränkung ein besseres und wirksameres Mittel darstellt. Er sieht in der Forderung nach einer verstärkten kommunalen Aufsicht nicht das geeignete Mittel. Ihm scheint vielmehr die sachliche Zusammenarbeit der Beteiligten besser und sicherer zum Ziele zu führen. Diese sachliche Zusammenarbeit muß allerdings auf paritätischer Grundlage erfolgen. Der solidarischen Haltung, die in den gemeinsamen Garantieverbänden begründet liegt, muß eine mitbestimmende Einflußnahme auf der Grundlage der Gleichberechtigung gegenüberstehen. Der Vorstand des Landkreistages hat sich infolgedessen erneut mit der technischen Durchführung beschäftigt. Er macht seine Mitwirkung davon abhängig, daß in den entsprechenden Ausschüssen Landkreise und kreisangehörige Gemeinden vertreten sind.
Der Landkreistag steht in der wirksamen Behinderung einer Weiterverschuldung das Kernproblem der ganzen Aktion. Die gemeinsame Entscheidungsfindung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel muß daher so ausgestaltet werden, daß eine wirksame Garantie gegen Weiterverschuldung geboten wird. Nur in der Verwirklichung dieser Garantie steht der Landkreistag die Möglichkeit zu einer vollen Mitwirkung bei der Lösung dieses für die kommunalen Finanzen so wichtigen Problems.

Der Falschmünzer von Weissensee. Drei Jahre Zuchthaus für den Hauptangeklagten.

In der Nacht zum 20. August dieses Jahres konnten Beamte der Reichsbankaufsichtsgeldabteilung in der Straßburgstraße 58 zu Weissensee überaus schnell eine Werkstätte ausheben, in der Falschgeld hergestellt wurde. Der Geldfälscher, ein 37 Jahre alter Kaufmann Richard Hadamek wurde dabei angetroffen, wie er mit einer Lupe und einem Gravierstift bei der Arbeit war. Der Ergatter war so übercaßt, daß er sich widerstandslos festnehmen ließ.
Hadamek war erst vor kurzer Zeit aus dem Zuchthaus entlassen worden, in dem er eine Strafe von 4½ Jahren wegen Fälschung von Rentenbanknoten und Schatzanweisungen verbüßt hatte. Die lange Strafe hatte scheinbar auf ihn nicht den geringsten Eindruck gemacht, da er schon während seiner Strafbüße hatte sich mit dem Studium graphischer Lehrbücher befaßt. Nach seiner Entlassung setzte er den Plan, mit der Fabrikation von 50-Mark-Scheinen zu beginnen, was vor ihm noch kein Fälscher versucht hatte. Er hatte bei dem Ehepaar Kahl in der Straßburgstraße 58 zu Weissensee ein kleines Zimmer bezogen. Dort richtete er seine Werkstätte ein. Als alter Falschmünzer mußte er befürchten, bei seiner Tätigkeit beobachtet zu werden. Um dies zu vermeiden, hatte er das zur Straße führende Fenster mit einem dicken Teppich verhängt, damit kein Lichtstrahl durchdringe. Für die herzustellenden

Pionierarbeit der „Kinderfreunde“ Reichsausschussführung in Erfurt.

Die erste Reichsausschussführung der „Kinderfreunde“ tagte im Erfurter „Volkshaus“. Genosse Löwenstein begrüßte die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands.
Nach Begrüßungsworten der Erfurter Parteigenossen gab Löwenstein ein anschauliches Bild von dem inneren Aufbau eines Lagers. Notwendig sei, daß einem größeren Kollager ein Probekolager vorausgehe, denn nur gut vorbereitete und gut disziplinierte Gruppen können einen Erfolg für ein Lager versprechen. Zeitmüde müßte für jede Gruppe eine freundliche Arbeitsbeziehung sein. Das Kollager sei kein Sanatorium; notwendig sei eine gründliche Untersuchung des Gesundheitszustandes von Kindern und Helfern. Eine hochstehende pädagogische sowie technische Ausgestaltung des Lagers sei notwendig, ebenso eine zeitliche finanzielle Vorbereitung des Lagers. Es wird in diesem Jahr in einem Lager der Versuch vorgenommen, eine Altersstufen-differenzierung durchzuführen in einem Kol- und Jungkollager, da der Beschäftigungs- und Spieltrieb bei den Altersstufen ein verschiedener sei. Samariter sowie Küchenhelfer sind zweckmäßig auch aus der eigenen Bewegung zu nehmen. Anschließend gaben die vorgehenden Lagerführer Berichte über die Vorbereitungen der Lager 1930. Die Vorschläge spielen überall eine wesentliche Rolle. Durch die verschiedenartige Struktur der Kinder ist diese Frage eine schwierige, dergleichen auch die Trinkwasser- und Wasserversorgung. Alle Lagerleiter konnten über günstige Resultate berichten. Ein Film, der das Lagerleben des Rheinlagers Ramechy wider-spiegelt, schloß den ersten Tag der Tagung.
Am Sonntag wurde die Spezialdebatte über die vorgehenden Lager eröffnet. Das Rheinlager Ramechy wird in diesem Jahr in zwei Teilen beibehalten. Als Leiter ist der Genosse Krieger-Jena und der Genosse Quadt-Köln vorgesehen. Bescheid wird es im ersten Teil von Thüringen, Westfalen, Ostschlesien und Leipzig. Im zweiten Teil beteiligen sich Oberrhein und Niederrhein. Das Ostseelager Lübeck-Bucht, geleitet vom Genossen Otto

Büchel, ist ein versuchsweise getrenntes Lager von Kol- und Jungkollagergruppen. Beteiligt werden sich an diesem Lager Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Oldenburg und noch eine Reihe Gruppen des Reiches, die die Sehnacht, einmal das Meer kennen zu lernen, in dieses Lager treibt. An dem Ostpreußenlager, unter Leitung des Genossen Ritz-Rürnberg, beteiligen sich die Gruppen Ostpreußens, Freistaat Danzig und verschiedene Ostgruppen aus ganz Deutschland. Das Kärntener Lager unter der Leitung Reddermeyer-Braunschweig, schließt die Braunschweiger und Nelterreicher-Gruppen zusammen neben einer Reihe Ostgruppen. Am Harzlager beteiligen sich insbesondere Hannover und Hessen. In zwei Schweizer Lagern beteiligen sich Berlin, Brandenburg, Schweizer und Oesterreicher-Kinder. Diese Pläne sprechen für sich und geben ein Bild von dem Aufstieg der Bewegung.
Genosse Weinberger gab beim zweiten Punkt der Tagesordnung einen Bericht über den Stand der Bewegung. 563 Ortsgruppen sind es bis jetzt im Reich, und ständig ist die Zahl im Wachsen. Den Reichsausschussmitgliedern fällt die Aufgabe zu, einen innigen Kontakt mit der Zentraleitung herzustellen. Die Kurse sind im Reich systematischer aufzubauen. Nicht nur Postkurse, auch Kurse, die über unsere Probleme orientieren, seien notwendig, ferner sollen Kurse über die Zellagerfähigkeit abgehalten werden. Gründliche Werbearbeit muß organisiert werden. Unsere Filme sind gutes Material für diesen Zweck. Wanderausstellungen tragen auch zur Propaganda für unsere Bewegung bei. Gut organisierte Treffwanderungen sollen zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch der Gedanken dienen. Genosse Löwenstein führte in seinem Schlusswort aus, daß die erhöhte Aktivität der Bewegung zu neuen Kämpfen mit den Gegnern führen werde. Die für alle Teilnehmer anregende und für die Pionierarbeit wertvolle und befruchtende Konferenz schloß mit dem Gesang der Internationale.

Keine Erhöhung der gesetzlichen Miete.

Vom Zentralwohnungsamt wird mitgeteilt: Auf Grund der Erhöhung der Tarife für Wasser, Gas und elektrischen Strom für Berlin erfolgt keine Erhöhung der gesetzlichen Miete. Es verbleibt vielmehr bei dem Satz von 120,5 Proz. oder, wenn der Mieter die Schönheitsreparaturen übernommen hat, von 116,5 Proz. der „reinen Friedensmiete“. Der Vermietet ist, wie bisher, berechtigt, 100 Proz. Gemeindefürschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer umzulagen, ferner kann er das Wassergeld auf die Miete nach dem Verhältnis der „reinen Friedensmiete“ umlagern, wenn er die Miete um voraus um 3 Proz. gekürzt hat. Entwässerungsgeldern gehören nicht zum Wassergeld und können daher nicht umgelegt werden.

Tod durch Todeseinsturz

Gestern nachmittag ereignete sich in der General-Pape-Straße in Schöneberg ein schwerer Unglücksfall. Auf dem Dach eines Werkstatthuppens war der 50jährige Dachbeder Ernst Bandach mit Arbeiten beschäftigt. Plötzlich stürzte die Decke ein und riß den Handwerker mit in die Tiefe. Bandach erlitt bei dem Sturz auf den Zementfußboden einen schweren Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Eine polizeiliche Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet worden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und ins Schauhaus gebracht.

Banknoten hatte er bereits das Wasserzeichenpapier besorgt. Ferner war die Platte für das Portrait fertig gefertigt. Er hatte sich aber, ohne daß er es ahnte, längst verdächtig gemacht. Lage und nächtliche war das Grundstück von den Beamten beobachtet worden, die dann in der Nacht zum 20. August überraschend einbrachen. Bei der Durchsuchung fanden sie mehrere hundert Banknoten in allen Stadien der Ausführung, Hadamek und sein Wirte, der Vertreter Kahl, wurden festgenommen. Beide hatten sich nun wegen fortgesetzten versuchten Münzverbrechens vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg zu verantworten. Zwischen den Angeklagten besteht jetzt eine grünnliche Feindschaft, denn Kahl bestreitet jede Teilnahme auf das Energischste. Kahl soll auch für das Material besorgt haben. Nach mehrwöchiger Verhandlung, in der zahlreiche Zeugen vernommen wurden und auch die falschen Banknoten vorgelegt wurden, wurde das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Hadamek wurde zu insgesamt 3 Jahre Zuchthaus, 1 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Mitangeklagte Kahl, der wegen Einbruchdiebstahls verurteilt ist, kam mit einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten davon. Auch ihm wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund bittet uns, mitzuteilen, daß der Leiter der Erfurter Ernst Lindig den von der Organisation beabsichtigten Ausschluß durch seinen Eintritt zurückgekommen ist. Lindig ist nicht mehr beauftragt, den Arbeiter-Abstinenz-Bund oder dessen alkoholfreie Gaststätte, Marksteinplatz 3, zu vertreten.



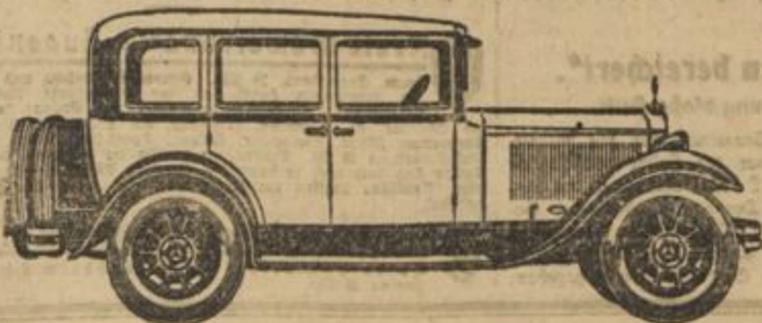
VERTRAUEN ZUR MARKE

kann auch die beste und lauteste Reklame nicht schaffen, wenn es nicht durch wirkliche Leistungen gerechtfertigt ist. Die glänzenden Erfolge bei den schwersten internationalen Prüfungsfahrten, die vielen Siege bei in- und ausländischen Schönheitswertbewerben, täglich eingehende Anerkennungsschreiben aus dem Kreis von über 15000 Besitzern, der trotz der Wirtschaftskrisis um mehr als 20% gegenüber dem letzten Jahr gestiegene Absatz, haben das Vertrauen begründet, welches



Mercedes-Benz Typ „Stuttgart“

In aller Welt genießt. Lassen Sie bei der Wahl Ihres Kraftwagens nicht allein den Preis, sondern nur den wirklichen Gegenwert, den Sie für den Preis erhalten, ausschlaggebend sein. Entscheiden Sie sich nicht, ohne Mercedes-Benz geprüft zu haben.



Daimler-Benz A.-G.

Berlin-Charlottenburg 2, Salufer 2/3.

Verkaufsstellen: Unter den Linden 50/51, Fernruf Zentrum 12113 — Rudolf Caracciola & Co., Budapest Str. 9, Fernruf Barbarossa 5777/78
Spittelmarkt 4/7, Fernruf Merkur 570

Vertretungen: Berlin: Wertheim Automobil-Ges., Berlin W. 9, Friedrich-Ebert-Str. 14, Fernruf Zentrum 5187 u. 8641/42 — A. Hirtz, Industrie-Abteilung, Berlin SW. 68, Markgrafent. 76, Fernruf Dönhofs 946 — Für Kreidroschken: „Automat“ Auto- und Maschinen-Vertriebs G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 141, Fernruf Steinplatz 7902/03.

Ein minderwertiger Tarifentwurf.

Die Reichsbahn und ihr Manteltarifvertrag.

In einer Pressenotiz vom 19. Dezember versucht die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sich zu rechtfertigen und den Gewerkschaften die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen über den Manteltarifvertrag zuzuschreiben.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist es unrichtig, wenn die Hauptverwaltung behauptet, daß der von ihr vorgelegte Entwurf „nur in minderwertigen Fragen“ gegenüber der bisherigen Verhandlungsgrundlage neue und weitgehendere Forderungen enthielt. Tatsache ist, daß allein in den Paragraphen und Ausführungsbestimmungen des Manteltarifvertrags, ohne die Lohngruppen-Einteilung, 166 Änderungen vorgenommen sind, bei denen vorher ein Antrag auf Änderung nicht vorlag und über die auch im Laufe der Jahre niemals gesprochen worden ist. (Zu den früheren Verhandlungen waren im ganzen 19 Abänderungsanträge von der Verwaltung gestellt.)

Zusätzlich sind fast alle Punkte, in denen den Gewerkschaftsvertretern früher schon Zusagen gemacht wurden, in der alten Fassung aufgenommen. Dort, wo im Sinne der Gewerkschaften Änderungen vorgenommen sind, hat die Verwaltung durch andersformulierten in anderen Bestimmungen des Manteltarifvertrags Entgegenkommen ins Gegenteil umgewandelt.

Forderungen, auf die die Verwaltung schon bei den früheren Verhandlungen verzichtet hatte, sind verschärft in dem Entwurf aufgenommen worden. Wünschenswert, daß in den Augen eines Reichsbahndirektors ein Lohnunterschied von 11 bis 12 Pf. in der Stunde eine „minderwertige Frage“ ist; für einen Lokomotivheizer, dessen Lohn nach der neuen Vorlage um 11 und 12 Pf. gekürzt werden soll, ist diese Frage eine Existenzfrage.

Für die Eisenbahner ist es auch nicht gleichgültig, daß ihnen der Soziallohn ganz wesentlich gekürzt werden soll. Es ist keine minderwertige Frage, ob den Schichtlohnarbeitern in der Woche drei und sechs Stundenlöhne geraubt werden sollen durch den neuen Tarifvertrag nach der Vorlage der Verwaltung, obgleich dieses bisher von der Verwaltung nicht beantragt war.

Systematisch sind in dem Entwurf, ohne beantragt zu sein, alle Bestimmungen des alten Tarifvertrages zum Nachteil der Arbeiter geändert, die früher Streitgegenstand bildeten und durch die Arbeitsgerichte zugunsten der Arbeitnehmer entschieden sind. Durch die gesamte Lohngruppen-Einteilung, vor allen Dingen für die Beamtendienste, die an und für sich sehr schlecht entlohnt werden, sieht der Entwurf ungeheure Verschlechterungen vor.

Der Entwurf kann in seiner Fassung nur so aufgefaßt werden, daß die Hauptverwaltung keine Neigung hat, mit den Gewerkschaften den Tarifvertrag zu revidieren und die Verantwortung für das Scheitern den Gewerkschaften zuzuschreiben möchte. Wäre dieser Entwurf den Gewerkschaften 1927 unterbreitet worden, dann hätte sich darüber reden lassen, nachdem aber die Parteien annähernd drei Jahre in Verhandlungen gestanden haben, ist es nichts weiter als eine ganz ungeheure Provokation, wenn alles das, was in der langen Zeit zur Beratung stand und als Ergebnis gebucht wurde, von der Verwaltung in den Wind geschlagen wird.

Die Eisenbahner werden sich schon bekümmern, ihren Tarifvertrag, der sehr verbesserungsbedürftig ist, gegen einen viel schlechteren einzutauschen. Dazwischen wird auch die Ueberzeugungstun der Vertreter der Reichsbahnverwaltung nichts ändern.

1. Ich erkläre, daß ich nie die Absicht hatte, dem Kollegen Leon Bornknecht zu machen, er habe sich an Arbeitergroßchen bereichert. Ich habe dies auch in der Versammlung am 14. November 1929 nicht getan.

2. Ich habe nie erklärt, Kollege Leon sei Verräter am Proletariat, auch in der Versammlung am 14. November 1929 nicht.

3. Demzufolge erkläre ich weiter, daß auch die verletzten Andeutungen im „R.R.-Echo“, Leon habe sich an Arbeitergroßchen bereichert, un wahr sind, und ich sie nicht bedaure.

Damit ist wieder eine elende Verleumdung zusammengebrochen, die von der KPD. gegen ehrenwerte Arbeiterführer erhoben werden. Es kommt ja den Kommunisten auch nicht darauf an, durch Kritik reinigend und bessernd in der Arbeiterbewegung zu wirken, sondern im Interesse ihrer Partei handelt sie nach der Devise: „Verleumde mir immer denn ins, es bleibt schon etwas hängen!“ Wundern muß man sich nur, daß trotz alledem noch immer Arbeiter dieser Verleumdungsgesellschaft nachlaufen.

„Unberechtigte Forderungen“ der „Gehag“ Ein Stück aus dem kommunistischen Zollhaus.

„Unternehmer werden für den D.M.B.“ besagt ein Bogen des Moskauer Blattes. Die Sache steht so, daß die betreffenden Unternehmer mit dem Deutschen Metallarbeiterverband einen Tarifvertrag für die Rohleger und Helfer abgeschlossen haben und deshalb verlangen, daß die neu einzustellenden Rohleger und Helfer dem Metallarbeiterverband angehören. Aus dem einfachen Grunde, weil der Metallarbeiterverband so „reformistisch“ wie alle übrigen Gewerkschaften ist, Tarifverträge, die er abgeschlossen hat, einzuhalten, während die „revolutionäre“ Riederfirchner-Bewegung, die durch ihren wilden Streik einen Tarifabschluß mit denselben Unternehmern erzwingen wollte, einen Tarifvertrag nur so lange einhalten darf, solange es ihr die KPD. erlaubt.

Nachdem es den sozialdemokratischen Wohlfahrtsvorstehern unterstellt hat, daß sie es ausdrücklich ablehnten, „Riederfirchner-Leuten irgendwelche Unterstützung zu zahlen“, fährt das Schimpfbüchlein fort:

„Eine weitere Rolle spielen die sogenannten „Sozialen Betriebe und Genossenschaften“. So macht die „Gehag“ die Vergeltung von Beiträgen an Privatunternehmer davon abhängig, daß die von ihnen beschäftigten Rohleger und Helfer Mitglieder des D.M.B. sind. Wenn eine Gesellschaft, die zum größten Teil mit städtischen Geldern arbeitet, derart unbedachte Forderungen erhebt, wird es höchste Zeit, daß in der Stadtverordnetenversammlung diese Dinge zur Sprache kommen.“

Die „Gehag“ wird es erziehen können, wenn Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung ihr zum Vorwurf machen, daß sie organisierte Arbeiter beschäftigt und das gleiche von den für sie arbeitenden Privatunternehmern verlangt. Es wäre ja noch schöner, wenn ein von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geschaffenes Unternehmen unorganisierte Arbeiter beschäftigte und die Gewerkschaftsmitglieder zwichen ließe.

Wegen die „Kassenbedürfnisse revolutionärer“ Unorganisierten sich samt der KPD. noch so sehr darüber ereifern, sie werden die „Gehag“ nicht „erobern“. Die „Gehag“ wäre nicht wert zu existieren, wenn sie nicht Wert darauf setzte, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu beschäftigen.

Ubrigens, wenn die Behauptung des Blattes richtig ist: „Die anfangs gemäßigten Rohleger haben fast reiflos wieder Arbeit erheben“, was will es dann nach? Heizen gegen den Metallarbeiterverband, gegen die „Sozialkolonialisten“, gegen die sozialdemokratischen Wohlfahrtsvorsteher und Stadträte und gegen die „Gehag“!

Früchte der Gewerkschaftshege in Solingen. KPD-Boycott gegen das Gewerkschaftshaus.

Solingen, 20. Dezember. (Eigenbericht.)
Gegenüber dem durch die Hege der kommunistischen Gewerkschaftsopposition hatte der Eigentümer des Solinger Gewerkschaftshauses, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die Sperre des Backhauses gegen die Gewerkschaftsopposition ausgesprochen. Nunmehr hat die „Opposition“ nach einem vergeblichen Ultimatum über das Solinger Gewerkschaftshaus den Boycott verhängt.

Die Krise in der Diamantindustrie. Weitere 15 Feiertage in Antwerpen.

Brüssel, 20. Dezember. (Eigenbericht.)
Die Antwerpener Diamantfeilerindustrie macht, zum Teil infolge der anhaltenden New Yorker Börsenkrise, die den amerikanischen Diamantkäufen ein Ende bereitet hat, eine überaus schwere Krise durch. Um die Lage einzugemachen zu sanieren, beschloßen die Diamantfeiler vor 15 Tagen die gesamte Produktion für die Dauer von 15 Tagen stillzulegen. Diese Frist ist nun verstrichen, aber eine wesentliche Besserung ist nicht eingetreten. Es wurde deshalb am Freitag beschloßen, die Arbeit noch weitere 15 Tage ruhen zu lassen und dann die Produktion allmählich wieder in Gang zu bringen. Die Arbeiter sind mit dieser Maßnahme einverstanden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Berlin, Sonnabend, 19. Dez. Gruppe Nollendorf nach Rosenthaler Platz. Von Jugendheim Rosenthaler Platz zur Poststraße. — Veranstaltung Winterferienkinderkassen der Freien Gewerkschaftsjugend am Sonntag, 21. Dezember, 17½ Uhr, am Ballplatz bei Bernau. Aus dem Programm: Musik, Pantomime, Gesänge, Furchen, Teilnahme mit Latzen. Aufbruchbeitrag 25 Pf. Treffen um 14 Uhr im Gesellschafts-Park bei Bernau. Karten sind dort noch zu haben. — Gruppenleiter, Schreiber, Rosenthaler Platz, Rosenthaler Platz zur Rosenthaler Platz um 8 Uhr. Eintrittsbeitrag 25 Pf.

Jugendgruppe des Vertrauensverbandes der Angestellten
Ballplatz Rosenthaler Platz im Jugendheim Schreiber Str. 15-17.
Beginn 20 Uhr.

Lohnkonflikt der Getränkearbeiter. In den Weingroßhandlungen und Likörfabriken.

Der Verkehrsband und der Verband der Rohrnahrungsmittel- und Getränkearbeiter haben den Lohnvertrag für die Arbeiter in den Berliner Weingroßhandlungen und Likörfabriken zum 31. Dezember gekündigt und eine Lohnherabsetzung um 6 Mark pro Woche gefordert. Die Unternehmer lehnten die Erhöhung der Löhne nicht nur ab, sie forderten Kürzung der Grundlöhne und wollen darüber hinaus den Reineinkommen im ersten Jahre ihrer Tätigkeit nur 80 Proz. und im zweiten Jahre 90 Proz. des Grundlohnes zahlen. Diese „Sogenerforderung“ der Unternehmer bedeutet einen Abbau der geltenden Löhne um 1,50 bis 12 Mark wöchentlich.

Daß die Unternehmer gerade jetzt einen solchen Vorschlag machen, kennzeichnet ihren „sozialen“ Geist zur Genüge. Dabei befinden sie sich in einer ziemlich glänzenden Lage durch den Hinweis, daß ihr Ansehen ein „außerordentliches Entgelt“ sei, da die Mitglieder des Unternehmerverbandes aus der Getränkeindustrie noch viel weitergehende Lohnforderungen verlangt hätten.

Die Funktionäre und Arbeiter der Wein- und Likörfabriken haben diesen Vorschlag der Unternehmer, wie nicht anders zu erwarten war, einmütig abgelehnt. Dieser Beschluß wird auch von den Organisationen voll und ganz gebilligt. Fraglich ist nur noch, ob auch die Firmen, die vorwiegend Lohn- und Gehaltsempfänger zu ihren Kunden zählen, das Vorgehen des Unternehmerverbandes stützen. Deshalb soll allgemein von Rohrnahrungsmittelarbeitern nach Abstand genommen werden. Wenn die Verbände sprechen vor einer derartigen Kampfkampagne der Unternehmer nicht zurück. Sie werden vielmehr mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Forderungen ihrer Mitglieder durchzusetzen versuchen.

Erwerbslose Bauarbeiter demonstrieren. Durch Fortbleiben von der kommunistischen Kundgebung.

Seit mehreren Tagen waren in der kommunistischen Presse sündliche erwerbslose Berliner Bauarbeiter, also die Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Steinarbeiter und Rohrlieger aufgefordert worden, zu einer Versammlung zu kommen, die von den kommunistischen Berliner Zimmerervereinigungen, der Zimmerer, Rohrlieger und der Gruppenleitung der „revolutionären“ Bauarbeiter zu Donnerstag nachmittags 1 Uhr nach den „Ruststätten“ einberufen waren. Als um 2¼ Uhr die Moskauer Ordnung erschienen, um den „Ruffen“ die neuesten Parolen zu überbringen, erwarteten ihn schon ganze 33 Mann. Dem Versammlungsleiter blieb nichts anderes übrig, als diese imposante Versammlung zu verlagern. Er schickte ihm anscheinend doch etwas zu gewagt, seinen Auftraggebern zu berichten, daß von den etwa 11000 Erwerbslosen im Berliner Baugewerbe ungefähr ein halbes Prozent erschienen war. Dieses Beispiel zeigt wieder einmal, wie „tief“ die kommunistische Partei in den Massen verankert ist.

Weihnachtsfeier der Lithographen.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder verfolgt schon seit Jahren den Grundgedanken, daß für die Mitglieder bei jeder Veranstaltung gerade das Beste gut genug sei, was man ihnen zur Unterhaltung und Erholung bieten kann. So feiert auch die gestrige Weihnachtsfeier für die erwerbslosen Mitglieder wieder eine Note, die man im allgemeinen bei solchen Veranstaltungen, leider auch bei denen mancher Gewerkschaften, immer noch vermißt. Der große Saal im Gewerkschaftshaus prangte in einem schlichten, aber wirkungsvollen weihnachtlichen Schmuck. Lichter aus Tannengrün, rote Fahnen, Tannenzweige längs den Galerien und zwei von der Decke herabhängende kunstvolle Kränze schufen schon vorabherin

eine Feierstimmung, die mit jener bei den sentimentalen Weihnachtsfeiern nichts gemein hatte.

Ein ausserordentliches Konzertprogramm, bestritten von der bekannten Kapelle Gebrüder Steiner, die ihre Kräfte unentgeltlich in den Dienst der Sache stellten, und der Konzertängerin Reza Glas-Billorget bereitete den Erwerbslosen einige frohe Stunden. Außer einem ordentlichen Mittagessen wurde jeder der rund 300 Erwerbslosen, sowie seine Angehörigen mit Lebensmitteln und Tabakwaren von der Konsumgenossenschaft und jeder Beiratsmitglied mit einem Betrage von 20 Mark, die Weiblichen mit 10 Mark bedacht. Der Geldbetrag für die Unterstützung stieß aus dem Ueberschuß des Novemberfestes, der freiwilligen Sammlung unter den rund 3500 in Arbeit stehenden Mitgliedsmitgliedern, die allein etwa 8000 Mark ergaben hatte, und einem Zuschuß aus der Kassenkasse. Die Veranstaltung einer so schönen proletarischen Weihnachtsfeier wurde von allen Teilnehmern, zumal auch ihres hohen künstlerischen Niveaus wegen, mit aufrichtigem Dank quittiert.

Wenn die Kommunisten „siegen“. Dann kommen die Gelben in der Knorr-Bremse hoch!

An der Arbeiterratswahl in der „Knorr-Bremse“ beteiligten sich 2408 von 2658 beschäftigten Personen. Die Kommunisten stellten der freigewerkschaftlichen Liste diesmal eine eigene Liste entgegen. Mit dem Ergebnis, daß sie 728 Stimmen bekamen und vier Sitze im Arbeiterrat, auf Kosten der freien Gewerkschaften; deren Liste meist 879 Stimmen auf, mit fünf Sitzen im Arbeiterrat, genau so viel wie die „Gelben“, die 777 Stimmen erhielten und ebenfalls fünf Sitze. Bis hier hatten die Vertreter der freien Gewerkschaften 11 von den 14 Arbeiterratsmitgliedern besetzt.

Die Wahlen der Angestellten ergaben vier Sitze für den D.M.B., drei für die Gelben und zwei für den A.F.V. Bund.

Wie sich unter diesen Umständen eine Zusammenarbeit der freigewerkschaftlichen, gelben und kommunistischen Arbeiterratsmitglieder und des Betriebsrats ermöglichen läßt, sei dahingestellt. Der KPD. gebührt jedenfalls das zweifelhafteste Verdienst, aus niedrigster Gewerkschaftsfeindschaft diese Mißgeburt von Betriebsrat entstehen zu lassen.

Kommunistischer „Vormarsch“. Der Arebengang bei Löwe-Radio.

In großer Aufmachung berichtet die kommunistische Presse über einen „überwältigenden“ Sieg der revolutionären Opposition bei Löwe-Radio.

Die Tatsachen stimmen mit diesem Siegesgeflüster wenig überein. Bisher bestand die Betriebsvertretung aus sieben „Oppositionellen“ und drei Sozialdemokraten. Im neuen Betriebsrat hatten sich „Opposition“ und Freigewerkschaftler mit je vier Vertretern die Waage.

Immerhin besteht ein Unterschied. Bisher waren sämtliche Betriebsratsmitglieder gewerkschaftlich organisiert. Jetzt stehen vier „revolutionäre Unorganisierte“ den vier Freigewerkschaftlern gegenüber. Auf diesen „Sieg“ mag die KPD. stolz sein. Er kennzeichnet erneut ihre hinterhältige Gewerkschaftsfeindschaft.

„An Arbeitergroßchen bereichert“. Kommunistische Verleumdung bloßgestellt.

In der kommunistischen Betriebszeitschrift für das Rudolph-Virchow-Krankenhaus, „R.R.-Echo“, war der Leiter der Reichsleitung Gesundheitswesen, Kollege Paul Leon, verächtlich worden, sich an Arbeitergroßchen zu bereichern. Der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eingeleiteten Untersuchungskommission hat nun der Kommunist Robst, der hinter jener Verächtlichung steht, am 18. Dezember 1929 folgende Erklärung abgegeben:

ANTON SCHNUR & CO.

Schönhauser Allee 117
Gegenüber dem Ringbahnhof

Landsberger Allee 39
Nah Petersburger Straße

Gute Weihnachts-Geschenke

Trikotagen / Strümpfe / Wollwaren / Wolle
Herrenartikel / Handschuhe / Bleyle-Kleidung

Programm der Bauwirtschaft.

Gefahren für die Konjunktur. — Gewerkschaftsappell an die Regierung.

Die drei Spitzengewerkschaften, A.D.G.B., A.F.L.-Bund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund haben an den Reichsarbeitsminister einen dringenden Appell zur Förderung der Bauwirtschaft gerichtet, der zugleich Richtlinien zur besseren und stärkeren Finanzierung besonders des Wohnungsbaus enthält. Die Eingabe hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Das deutsche Volk steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter dem Druck verheerender Wohnungsnot. Kurzzeit beläuft sich der Fehlbestand an Wohnungen auf mehr als eine Million. Zwar sind in den letzten Jahren erfolgreiche Ansätze zur Verringerung dieses Defizits zu verzeichnen. Aber das Abflauen der Konjunktur, die Verringerung des ausländischen Kapitalzuflusses sowie die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften drohen den Umfang des Wohnungsneubaus wieder empfindlich einzuschränken.

Diese Tatsachen beeinträchtigen auch den Bau industrieller Anlagen. Die Anspannung der öffentlichen Finanzen führt schließlich zur Verminderung der Bauaufträge von Behörden. Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages, dem sich der Reichsstädtebund angeschlossen hat, läßt die Gefahren erkennen, die dem Baumarkt im nächsten Jahre auch von hier aus drohen.

Die Abschwächung, die bereits in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahr stattgefunden hat, ist unverkennbar. Sie drückt sich am deutlichsten im Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter aus. In keinem einzigen Monat des laufenden Jahres hat die Beschäftigung der Bauarbeiterschaft den Stand des Vorjahres auch nur annähernd erreicht; in den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit bis fast auf das Doppelte des Vorjahres gestiegen.

Die Bauindustrie ist ein Grundpfeiler der Gesamtwirtschaft. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften zählte sie im Jahre 1928 mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Ihre Jahresleistung wird auf 9 Milliarden Reichsmark veranschlagt. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung beruhte die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Abschwächungstendenzen der letzten Zeit außer auf der günstigen Gestaltung der Nachfrage nur auf der verhältnismäßig günstigen Verfassung des Baumarktes.

Jede Einschränkung der Bautätigkeit muß sich also in der gesamten Wirtschaft besonders schwer fühlbar machen. Daraus ergibt sich, daß die Bautätigkeit mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die Aussichten des Baumarktes im nächsten Jahre sind infolge der Schwierigkeiten, die der Beschaffung langfristigen Baukapitals entgegenstehen, sehr trübe. Der Ausfall, der seit einigen Monaten in dem Einlagenzuwachs bei den Sparkassen und in dem Eingang neuer Mittel bei den Kreditinstituten anzutreten ist, wird erst in Zukunft voll zur Auswirkung kommen. Auch bei den Landesversicherungsanstalten wird sich die Schwierigkeit, Neuausleihungen in dem gewünschten Ausmaß vorzunehmen, erst im kommenden Jahre voll bemerkbar machen. Im laufenden Jahre konnten sie trotz der ihnen vom Reich ausgenötigten 164-Millionen-Anleihe die Bautätigkeit noch recht gut fördern, weil die im Vorjahr zugelegten Beträge zum großen Teil erst in diesem Jahre in Anspruch genommen wurden.

Der Rückgang der Bautätigkeit droht also viel schroffer zu werden.

als aus dem bloßen Vergleich der für die Bautätigkeit maßgebenden Zahlen anzunehmen ist.

Wir haben unsere Forderungen zur Bau- und Wohnungswirtschaft in programmatischen Richtlinien wiederholt dargelegt. Es sei auf unsere Denkschriften vom November 1926 und Januar 1928 verwiesen. Die bedrohliche Lage des gesamten Baumarktes zwingt uns aber, darüber hinaus Vorschläge zu machen, die uns geeignet erscheinen, die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Zuspitzung der Verhältnisse zu verhüten.

Vorschläge für stärkere Kapitalbeschaffung.

Alle für die Hergabe von ersten Hypotheken in Betracht kommenden Institute sollten angehalten werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Bereitstellung von Baukapital zu richten. Im einzelnen machen wir folgende Vorschläge:

Die Norm für Hypothekenausleihungen der Sparkassen beträgt zurzeit 40 Prozent des Spareinlagenbestandes. Diese Norm ist bereits im Vorjahr überschritten worden, ohne daß die Liquidität der Sparkassen beeinträchtigt worden wäre. Die Ausleihungsgrenze kann daher ohne weiteres erhöht werden.

Solange die angespannte Situation auf dem Baumarkt anhält, sollten die Sparkassen einen noch größeren Teil ihres Einlagenzuwachses für den Neubau von Wohnungen verwenden.

Die Sparkassen, die in ihrem eigenen Bezirk nicht genügende Anlagemöglichkeiten im vorerwähnten Sinne haben, sollten ihre überschüssigen Mittel durch Vermittlung der Girozentralen an Orten mit besonders großem Hypothekenbedarf zur Verfügung stellen.

Eine stärkere Heranziehung einzelner Sozialversicherungsanstalten zur Finanzierung des Wohnungsbaus erscheint möglich. Bei der besonders schwierigen Lage des Bau-

marktes sollten die Ueberschüsse im kommenden Jahre weitestgehend im Wohnungsbau investiert werden.

Es ist bedauerlich, daß das Reich der Invalidenversicherung im Rechnungsjahr 1929 die ihr zukommenden Zuschüsse zum Teil in schwer veräußerlichen Schuldscheinen geleistet hat. Gegen eine Wiederholung dieses Vorgehens müßten wir entschieden Verwahrung einlegen.

Die Privatversicherungsanstalten, auch diejenigen, des öffentlichen Rechts, müssen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verpflichtet werden. In Anlehnung an die Denkschrift des A.F.L.-Bundes zur Reform des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen fordern wir vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung den Erlaß von Vorschriften, die eine Verpflichtung zur Finanzierung des Wohnungsbaus durch Vermehrung der Anlagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen bis zu einer bestimmten Grenze auferlegen.

Um diesen Anstalten eine gewisse Flexibilität der Anlagemöglichkeiten zu gewähren, ist dabei auf die Förderung des ländlichen Wohnungsbaus und der industriellen Umwidmung hinzuweisen.

Sicherung der öffentlichen Baufinanzierung.

Die Wohnungsbaufähigkeit leidet auch in hohem Maße an der Unsicherheit der Baufinanzierung durch die öffentliche Hand. Sie würde wesentlich gemildert, wenn die seit langem von uns erhobene Forderung nach Aufstellung eines langfristigen Bauprogramms durch gesichertes Weiterfließen der Hauszinssteuer gestützt würde. Wir fordern deshalb:

Die Hauszinssteuer oder eine etwa an ihre Stelle tretende Gebäudeeinkommensteuer muß für mindestens 10 Jahre sichergestellt werden.

Aus der Hauszinssteuer (Gebäudeeinkommensteuer) müssen höhere Beträge als bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Die Erträge und Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken sind reiflos dem Wohnungsbau zuzuführen. Eine Verwendung dieser Beträge für Verwaltungszwecke widerspricht dem Sinne der Steuer.

Konjunkturausgleich durch rationelle Bauwirtschaft.

Die seit langem erhobenen Forderungen und die bis jetzt einseitigen Bestrebungen der Reichsregierung, bei der Vergabe von Bauaufträgen der öffentlichen Hand saison- und konjunkturausgleichend zu wirken, sind für den Baumarkt von besonders großer Bedeutung. Diese Aufgabe der öffentlichen Hand wäre vielleicht erfolgreicher durchzuführen, wenn der Beginn des Haushaltsjahres der öffentlichen Körperschaften verlegt würde. Es ist deshalb in Erwägung zu ziehen, ob eine Verlegung auf den 1. Juli zweckmäßig wäre. Sie hätte zur Folge, daß die ersten Bauaufträge für öffentliche Bauten in den Herbstmonaten zur Verfügung kämen, also in einem Zeitpunkt, in dem die Bautätigkeit zurückzugehen pflegt. Das Ende des öffentlichen Baujahres würde dagegen in eine Zeit fallen, in der die sonstige Bautätigkeit sich bereits belebt hat.

Die Befolgung der vorstehenden Gesichtspunkte ist unserer Ansicht nach geeignet, den drohenden Rückgang der Bautätigkeit im kommenden Frühjahr zu mildern.

Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der deutsche Kapitalmarkt, besonders bei der augenblicklich beengten finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften, zur Finanzierung der Bauvorhaben nicht ausreichen wird.

Deshalb legen wir nach wie vor den größten Nachdruck auf die Forderung, daß die Aufnahme von Auslandskrediten zur Ergänzung des inländischen Kapitalmarktes nicht erschwert, sondern im Gegenteil gefördert wird.

geb.: Grafmann, Kuhhäuser, Falkenberg.

35 Millionen Siemensgewinn.

Aufsichtsrat liquidiert eine Million für Lantienen.

Die Verwaltung des Siemens-Konzerns gibt jetzt die wichtigsten Abschlußzahlen für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1928/29 bekannt. Die bei Siemens erzielten Gewinne bestätigen in vollem Umfange unsere wiederholt zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die Elektrokonjunktur im laufenden Jahr besonders bei den drei großen Berliner Konzernen sich mindestens auf dem hohen Stande des Vorjahres gehalten habe, zum Teil sogar noch darüber hinaus gemachsen sei.

Die Starkstromgruppe Siemens-Schuckert weist einen Reingewinn von 16,63 Millionen auf, wovon wie im letzten Jahr wieder eine Dividende von 10 Proz. ausgezahlt wird. Diese Dividende beansprucht jedoch nur 12 Mill. M., so daß allein 3 Mill. M. in eine Sonderrücklage gesteckt werden können.

Bei der Schwachstromgruppe Siemens u. Halske hat sich nach weitaus höheren Abzügen für Anteilbesitzer und Abschreibungen der Reingewinn von 18,4 auf 18,7 Millionen gesteigert, aus dem wieder die sehr hohe Dividende von 14 Proz., wie im Vorjahr, ausgeschüttet wird. So hoch diese Aktionärgewinne sind, entsprechen sie doch noch lange nicht dem ausgewiesenen Reingewinn, der eine Rekorddividende von 20 Proz. zugelassen hätte.

Daß Herr von Siemens, der vor der Öffentlichkeit die Lage

der Wirtschaft gern schwarz in schwarz malt, kein Interesse daran hat, durch Rekorddividenden seine Belegschaften zu nützlichen Vergleichen zwischen Unternehmensgewinnen und dem Inhalt der Lohnkästen anzuregen, versteht sich von selbst. Daher verschwinden auch bei Halske 2,5 Mill. M. in einer Sonderreserve und rund 2,5 Mill. M. werden auf neue Gewinnrechnung vorgetragen. Großzügig wie immer liquidieren die Herren vom Aufsichtsrat in beiden Konzernen als „Aufwandsentlastung“ eine runde Million.

Nach Bekanntgabe der Geschäftsberichte und Bilanzen kommen wir auf die Siemens-Abschlüsse noch zurück.

Die Kredite für das Reich.

Verhandlungen bei der Reichsbank.

Gestern mittag ist unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit den Vertretern der großen Banken die Beratung über den dem Reich zu gewährenden 300-Millionen-Kredit aufgenommen worden. Die Verhandlungen waren offenbar bis zum Abend noch nicht abgeschlossen.

Interessant ist das Rätselraten über die Form, in der die Reichskredite beschafft werden sollen. Im Vordergrund stand zunächst die Möglichkeit, einen großen noch offenen Auslandskredit der Goldkreditbank für einen größeren Teil des Reichskredits flüssig zu machen. Dann wird von Reichsbankwechseln gesprochen, die die Banken übernehmen sollen, wogegen sie entweder bei der Reichsbank durch Rediskon von Wechseln oder im Ausland durch Verkauf der Reichsbankwechsel das Geld beschaffen wollen. Der durch Direktinformationen aus der Reichsbank in der letzten Zeit auflassende „Börsen-Courier“ spricht sogar von der theoretischen Möglichkeit eines „direkten Auslandskredits des Reiches durch Vermittlung der Reichsbank“. Das letztere wäre zweifellos die interessanteste Lösung...

Gemeinam ist allen Auffassungen die Anschauung, daß man ohne Inanspruchnahme des Auslandes in irgendeiner Form bestimmt nicht auskommen kann.

125 Millionen Preag-Kapital.

Der dritte Kapitalerhöhungsbefehl in einem Jahre.

Für den raschen Aufbau und die Expansionskraft der Preußischen Elektrizitätswerke A.-G. (Preag) spricht das Tempo, in dem dieser preußische Elektrizitätsruhr seine Kapitalkraft erhöht. Die gestrige Generalversammlung hat die Ausgabe von 25.000 neuen Namensaktien zu 1000 M. beschlossen, wodurch sich das Gesamtkapital von 100 auf 125 Millionen Mark erhöht. Im Juli erst war die Ermächtigung zu einer Kapitalerhöhung von 100 auf 110 Millionen Mark erfolgt, die jetzt mit durchgeführt wird. Im März war das Aktienkapital von 80 auf 100 Millionen Mark erhöht worden. Dazu treten über 40 Millionen Mark englische und amerikanische Anleihen, die in den beiden letzten Jahren aufgenommen worden sind. Freilich bleibt die Kapitalerhöhung hinter dem Leistungsausbau noch erheblich zurück.

Die neun 25 Millionen Aktien werden zunächst nur zu 1/2 eingezahlt. Sie werden von einem öffentlichen Konsortium übernommen, zu dem die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks A.-G. (Bewa), die Finanzgesellschaft der preußischen Staatsindustriewerke, und jene kommunalen Organisationen gehören, mit denen die Preag auf Grund von Kooperationsverträgen eine Aktienbeteiligung vereinbart hat. Für die Durchführung der von Preag verlangten kommunal-staatlichen Zusammenarbeit soll die Hannover-Braunschweigische Stromerzeugungs A.-G. 2,1 Millionen, die Stadt Frankfurt 15 Millionen und der Schleswig-Holsteinische Elektrizitäts-Berband in Rendsburg 0,35 Millionen von den jungen Aktien übernehmen.

Der Rest von 7,55 Millionen sind Vorratsaktien, von denen ein erheblicher Teil zur Beteiligung an der neugegründeten kommunalen Elektrizitäts A.-G. Mitteldeutschland verwendet werden wird.

Die Verlängerung der Eisenkartelle.

Die neuen Verträge bis 1940 abgeschlossen.

Die Entscheidung in der Kartellfrage der Eisen- und Stahlindustrie ist gestern gefallen. Sowohl die Verträge für das deutsche Rohstahlkartell wie auch für die Verkaufssyndikate der Eisenindustrie sind in Düsseldorf auf zehn Jahre hinaus verlängert worden.

Lange Zeit hat es so ausgesehen, als ob die Kartellgegner in der deutschen Eisenindustrie die Oberhand gewinnen und durch Sprengung der bestehenden Syndikate einen verbandslosen Zustand herbeiführen würden, der bei einem Kampfaller gegen alle in seinem Gefolge auch schwere sozialpolitische Auseinandersetzungen gehabt hätte. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an die schweren Konflikte zwischen Mannesmann und Krupp, die Quotenkämpfe der Warhütte und andere kartellpolitische Auseinandersetzungen.

In den neuen Vertrag des Deutschen Rohstahlkartells sind für die einzelnen Mitglieder keine Quoten mehr festgelegt, sondern es wird die Höhe der tatsächlichen Produktion für alle Kästen und Rechte der Mitglieder entscheidend sein. Ferner ist das neue Rohstahlkartell als eine Art Dachverband gedacht, in dem die übrigen Verkaufssyndikate der Eisenindustrie eingegliedert sind. Nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ wird künftig das gesamte Syndikatsystem der Eisenindustrie mit der Existenz jedes einzelnen Verbandes

... und den Weihnachtskuchen

im „Küchenmunde“ backen! Dieser Backapparat und Dr. Dettlers Backpulver sichern gutes Gelingen!



Heinrich Hemmer: Weihnachtseinkäufe in aller Welt

Ich beschenke ein Münchner Kindl.

Was kauft ein alter Globetrotter der Wirtstochter seines Stammlokales zu Weihnachten, wenn diese im Begriff steht, sich zu verheiraten und die Sache möglichst wenig kosten und doch repräsentabel sein soll?

Mimi (so hieß dieses stützige, wuschelköpfige Münchener Kindl) hatte mir die neuaustrappede, neuangeordnete, kotet und helmeilig arrangierte Wohnung gezeigt, die sie von ihrem Vater schon jetzt erbt: wenn sie unter die Haube kommt.

„Liebste Mimi!“ sagte ich, nachdem ich überall herumgeschmüppelt und mir das kommende Glück recht deutlich veranschaulicht hatte: „Alles ist wunderbar. Aber die zwei Jagdbilder im Wohnzimmer sind ein großer Misch.“ Es waren ein paar Frühjahrslandschaften mit stehenden Faldhosen und einem grünbetappten Sonntagjäger, der auf einen Punkt im Hintergestell zielte, der sich wie das Zentrum einer Schießscheibe ausnahm. So etwas pöht nicht: einen modernen Haushalt. Ich versprach daher Mimi, meinerseits zu ihrem Glück beizusteuern und etwas Besseres für das Wohnzimmer zu besorgen, etwas ganz Ausgefallenes.

Am Goldenen Sonntag erschien ich mit zwei Jagdbildern, die in München, nein, vielleicht auf der ganzen Welt nicht ihresgleichen haben und doch ganz billig herzustellen waren: Vergrößerungen von zwei merkwürdigen Momentaufnahmen, die ich seinerzeit in der Wildnis gefilmt hatte. Mimi nahm die Hosen ab und ich hängte die zwei Photos auf, die wir Arm in Arm betrachteten. Auf dem einen war eine arkanische Hochgrassteppe zu sehen, über welcher strahlend die Tropen Sonne aufging. Rings um einen sanftigen Fleck im Vordergrunde sahen ehrfürchtig wartend große, dunkle Vögel: Vögel. In der Mitte lag ein großes Zebra und über diesem stand, herrlich aufgerichtet und göttlich unbekümmert um die harrenden Blicke der ihn umgebenden Kreatur, der Herr der Steppe, ein formvollendeter alter Schwarzmanniger Löwe, der gemächlich an ein paar Rippen knaut. Hinter dem Löwen, beiseite und fast voll, vier kleine Schakale in einer Reihe. Durch das Gras aber pöht ein Löwenjäger heron.

„Na, Mimi!“ sagte ich. Mimi war sprachlos. Ich zog sie nach dem anderen Bild. Da lag auf einer lichten Grasfläche des Urwaldes ein dunkler Fleckhügel. Ein Elefant ist erlegt worden von den Zmergen des Kongogebietes. Der Riesentier liegt am Rande des Urwaldes, der vor seiner Krone auseinandergewichen war, hüftlos niedergestreckt. Die dunkle Rasse ist von Zmergen wie von Ameisen bedeckt. Jeder Zoll des Kadavers ist von emsigen, kleinen, schwarzbraunen, viehlich häßlichen Menschen in Besitz genommen. Mit Männern, junge Männer, Hühnerweiber, junge Mädchen und Kinder: alles lustig glerig. Blutstropfen haben sich gebildet und die Haut hängt in Streifen nieder. Fleischklumpen werden herausgerissen und im Gras liegen die Sattelfestemen.

„Na, so etwas,“ sagte Mimi und lächelte appetitlich über diese Unappetitlichkeiten — sie lud mich für den zweiten Feiertag zum Tee ein: der erste gehörte offenbar dem Bräutigam. — Als ich hinkam, waren schon diese Leute da, die die schöne Kunststellung bewundern. Jeder von Mimis Verehrern, lauter biedere Leute, hatte ihr etwas Praktisches oder Gefälliges mitgebracht. Zur eines erregte Mißfallen, gab allgemeines Vergernis: meine Jagdbilder. Ich sah, wie man Mimi nach dem Spender fragte, und dann trafen mich verächtliche Blicke hinter finsternen Brauen. Ich glaubte das Wort Rohling zu hören. Mir war zumute, als hätte ich selber den Elefanten aufgefressen und das arme Zebra. Ich schämte mich, denn Mimis Blick verriet schmerz Enttäuschung. Als niemand im Wohnzimmer war, sah ich mich mit den Bildern davon.

Und jetzt bin ich neugierig, was ich bei einem Berliner Kindl mit den zwei Bildern für Glück haben werde.

Die Patete rennen uns nach.

In Japan. Wir hatten in Kobe eingekauft: lauter billigen Krimstroms. In Tokio, draußen am Strand, wollten wir ein kleines Japanerhäuschen mieten und Weihnachten abwarten: wir wollten uns installieren und billig leben bis zum Frühjahr, wo man reifen kann. Die Adresse vom Vermieter hatte ich in der Tasche. Wir fuhren 5, 5 Stationen mit der Bahn, dann stiegen wir in Tokio aus: vollgepackt wie eine Karawane. „Du, wir nehmen nur das Nötigste mit,“ sagte ich zu meiner Frau, „morgen kann man ja alles mit einem Karren in das neue Häuschen fahren.“

„Können wir unser Gepäck bis morgen zur Aufbewahrung hielassen?“ fragte ich die Bahnhofs-Japaner, die hier kaum englisch sprachen, auf englisch.

„Hai,“ riefen sie, und verneigten sich alle zugleich wie Marionetten, die man an einer Schnur zieht. „Hai,“ das heißt: „Ja!“ „Also gut: Meine Frau möchte diesen armen Korb, das Schirmetzel, die Hühnerpatete und das Receptairelöcherchen mitnehmen und ich: die gelbe Lebertofische, das Statio und die Thermosflasche. Die anderen 18 Stück bleiben hier.“

„Hai, hai, hai!“

„Es klappt alles wunderbar,“ sagte ich vorm Bahnhof zu meiner Frau, und winkte den Kiffchas, von denen es auch im kleinsten Rest eine Ansammlung gibt, sobald eine Chance vorhanden ist, Passagiere zu bekommen. Ich streng ein, der Kuli kaufte mit mir los, ein anderer Kuli kaufte mit meiner Frau hinterdrein und 2, 3 weitere Wägelchen würden, wie es Usus ist, auf das bisherige Handgepäck warten und dann nachkommen.

Ich, wie ich, war es, einmal ohne das große Gepäck loszufahren; ich fühlte mich so frei, so unbekümmert wie seit langem nicht. „Sayonora“ riefen uns die Bahnhofs-Japaner nach und wir riefen „Sayonora“ zurück, das heißt: „Bist wohl!“

Tokio ist ein weißkugeliges Nest — an der ersten Ecke sah ich mich um: da kamen schon einige Kiffchas nach. An der zweiten Ecke sah ich mich wieder um: es waren eigentlich eine ganze Menge Kiffchas, die da nachkamen. Als wir um einen Platz mit merkwürdigen unordentlich herumstehenden, sturmzerzauten Kiefern herumführten, schien mir, als ob alle Kiffchas des Ortes hinter uns her wären. Plötzlich, an einer Biegung, sah ich die Kiffchas unter uns: Kisten tauchten auf, Bündel, Schachteln, Koffer: Alles, was auf dem Bahnhof hätte bleiben sollen. Ein ganzer Schwall von Kiffchas jagte uns nach. Jeder hatte ein Stück Gepäck wie eine Topfische in seinem Wägelchen, die Weihnachtsgeschenke, billiger japanischer Trödel, alles, was sorgsam auf Wägelchen gelegt, die uns nachtrafen und eine Schlange bildeten. Zwanzig Kiffchas kauften hinter uns her. Unser verbotenes Gepäck, tausend umgibt,

schätzinnige Dinge, die wir längst irgendwo zurücklassen oder über Bord hätten werfen sollen, kam uns nachgerannt. Wir schlingelten uns durch Strohen und Gassen und das Japanerpolst strarre uns bewundernd nach: was mußten wir für reiche Leute sein!

Niemals konnten wir den Bewohnern von Tokio begreiflich machen, daß wir zu ihnen hinausgezogen waren, um zu sparen. Sie hielten uns für unermesslich reich. Sie rupfen uns. Die Geschenke waren billig gewesen, aber die Preise, die wir durch deren Aufmarsch bezahlen mußten, waren enorm. Nach Weihnachten beschloßen wir, von Tokio wieder fortzuziehen.

Man braucht kein Geld.

„Halt,“ schrie meine Frau. Sie sah (wir waren damals frisch in Kalkutta angekommen: es war so ziemlich genau ein Jahr später) Schals, Lächer, Seiden, Stickerien, eine buntwebende Stadt von Geweben. Der Ticca-garri (das ist eine Art Kiste, mit Rädern und einem Dohlen versehen) hielt an und wir stiegen aus. „Also das ist dein Weihnachtsgeschenk,“ sagte ich zu meiner Frau, nachdem sie einen Schal erhandelt hatte, den man durch einen Fingerring ziehen konnte. Auf mehr reich unser Geld nicht aus.

„Wollen Sie bar bezahlen oder einen Chit ausstellen?“ fragte der Ladenbesitzer.

„Was ist ein Chit?“ Ein Chit ist etwas Herrliches, erfuhr ich. Ein Impromptu-Schuldschein, ein Bon.

Wenn man einen Gegenstand in einem indischen Bazar erblüht, der einem gefällt, nimmt man ihn mit und stellt einen Chit aus. Eine wunderbare Einrichtung. Man stelle sich vor: man könne in Berlin mit einem Papierzettel, auf dem die Kaufsumme und der Name steht, einkaufen.

Wir stellten einen Chit aus. Jetzt konnten wir noch etwas

kaufen. Wir konnten bezahlen oder wieder einen Chit ausstellen. Beim nächsten Geschäft, einem Jügron-, Kuriositäten- und Edelsteinladen, betrachteten wir Teppiche von Mirzapore, geirtebene Restingpofen von Benares, Marmorstatuen von Agra mit Jopis eingelegt, silberne Disten, langhälftige Parfümfläschchen: der Besitzer bot uns, ihm die Ehre zu erweisen und Platz zu nehmen. Dann breitete er ein weißes Tuch auf den Boden aus, verlorwond, und kam mit einem schwarzen Käftchen zurück. Er stellte das Käftchen auf das Tuch, setzte sich auf den Boden daneben und öffnete es. Herlenketten und Lärche kamen zum Vorschein, goldene Spangen mit eingeschmolzenen Edelsteinen, lange emaillierte Ohrgehänge, Topoke, Amethyste. Wir blieben drei Stunden in diesem Geschäft und stellten Chits aus. Dann erspähte meine Frau in einer anderen Straße glasierte Kafen, außen blau und innen weiß. Wir stellten noch viele Chits aus, da und dort. Alles, was ich an Papier bei mir hatte, verschrieb ich für Chits. Schließlich war die Kiste voll und die Uhr zwöf.

Als wir nach der Pension kamen, war alles finster und geschlossen. Ich schlug Lärm und versuchte, jemanden herauszutrommeln. Schließlich kletterten wir über den Zaun... in dem Augenblick kam die Polizei. „Das hast du von den Chits,“ sagte ich zu meiner Frau, „jetzt werden wir eingesperrt.“

Es klärte sich zum Schluß alles auf wie in einem amerikanischen Film. Und mit den Chits ist alles vollständig in Ordnung. Man muß sie nur zu guter Behit einlösen: das ist das Kergerliche und Schwierige an der Sache. Als wir das besorgt hatten, waren wir mit Kalkutta fertig, oder besser Kalkutta mit uns: wir mußten uns einen Aufenthalt suchen, wo wir mit Sparankeit und großem Fleiß die kleinen Chits wieder wettmachen konnten. Ein Chit ist eine Art Wechsel, leicht auszustellen, aber schwer einzulösen. Ach! Nichts ist vollkommen auf Erden.

Alfred Prugel: Lokalchronik

Abends in den Kammern, in den Stuben,
im Café und in der Straßenbahn
stiegen tausend Augen
über feuchte Zeitungspalten,
strahlen auf der zweiten Seite
schnell mal die Lokalchronik:

„Dreimal Tots und ein Schwerverletzter
bei dem Autounfall auf der Kaiserstraße.“

(Unserer war ja nicht dabei,
Schnell vorbei — schnell vorbei.)

Blut ist über den Asphalt gespreitzt
und ein Todessehrei verging,
Sanitäter kamen und es stockte
fünf Minuten der Verkehr. —
Draußen ist ein alter Mann erstickt —
Notquartier in einer Schreberlaube:

„Zweimal ein Versuch mit Gas...
Nahrungsvorgang... sprang in den Kanal.“

(Unserer war ja nicht dabei,
Schnell vorbei — schnell vorbei.)

Hier ein Fehltritt vom Gerüst — Maurer
Schmidt — drei Kinder waken, Witwe hungert.
Waternord in dreißig Zeilen.
Raubverfuch — ein Attentat mit Schlägerel.
Dachstuhlbrand im Reim erstickt;
eine Leiche aufgefischt — und ein Vermittler:

Dieses alles frigt dein Schädel
jeden Abend — Jahr um Jahr.

(Einzel — einzel —
unserer war ja nicht dabei.)

Später wird dich auch das Maßwerk parken,
das des andern Leben vor dir frag —
deinen Schrei erstickt das breite Gummitrad.
Niemand fragt nach dir — vergessen
lebst du blah noch im Familienrahmen. —
Sieben Zeilen meldeten der Stadt dein Schicksal.

Aber niemand läßt sich stören.
Jeder hat mit seinem Kram zu tun.

(Denn von denen, die es lesen —
keiner ist in deiner Haut gewesen.)

Erna Büsing: Der Krake

Im Berliner Aquarium ist ein Kraken, von den Wissenschaftlern Octopus vulgaris, im Laizumund Finkenfliege genannt, eingezüchtet. Diese Tiere, im Fischen unter dem Namen Krake, im Gehen unter Finkenfliege, sind äußerst interessante Lebewesen. Und bei heurigen Lebenserwartungen und Intelligenz so modern sind, daß an unsern Tieren mal ein Krake sprechen.

Mit, uralt ist mein Geschlecht und der fossile Ueberrest, den Sowerby in den Kreideablagerungen des Libanon fand, das war mein Urah. Er war, wie ich, ein Kraken, aber er ist nicht nur der Stammvater aller Octopoden und Decapoden (Tintenfischer), sondern auch der unserer gesamten Weichtierwelt. Und was für eine eigenwillige Entwidlungsgeschichte habe ich. Es wurden Weichtiere, es entstanden Schnecken, jedoch ich bin ein Kraken. Mein Körper ist von einem Saft umgeben, der die schwarzbraunen Kiemen enthält, die nach Brechens Tierleben die Gestalt eines umgekehrten Vopogel-schnabels haben. Das Atmungswasser hale ich durch einen oberen Schlit herein und ströme es durch ein feilliches Rohr wieder aus. Ich bin sehr leicht erregbar und ich kann daher in allen Farben

schillern, je nachdem, ob ich mich meiner Umgebung anpassen will, ob ich Beute ergreife oder gerade in Zorn geraten bin.

Die Kraken sind die Menschen umgeben sich neuerdings, was als größte Errungenschaft der Technik und des Menschengeistes gepriesen wird. Doch, was ist das für einen Tintenfisch! Ich kann aus meiner Hinterbrühe einen schwarzen Farbstoff absondern, der mich in eine dunkle Wolke hüllt. Darum nennt mich das Volk auch Tintenfisch, obwohl gar nicht alle meine Verwandten einen Tintenteufel haben. Einige von uns wohnen nämlich in großen Tiefen. Nicht in Untiefen, das sind leichte, für die Schifffahrt gefährliche Stellen im Fahrwasser, sondern in wirklichen Meerestiefen. Und dort herrscht ewige Nacht, die ohne weiteres auch den Tintenteufel überflüssig macht.

Wir wohnen stets im Meere. Und die Sehnsucht nach dem Meer ist ein Teil unserer selbst. Der Mensch kann vor Heimweh nach dem Meere krank sein, ihm können dieshalb das Herz Kopfen und die Tränen in den Augen stehen, doch findet er, in unbekannter Gegend gefesselt, ganz allein auf sich angewiesen, nur durch einen Bläszufall den Weg zu ihm. Wir aber, wir brauchen das Meer nicht zu sehen, wir brauchen das Meer nicht zu hören, wir brauchen keinen Kompaß und keine Landkarte, wir gehen stets in Richtung Meer. Wir brauchen keine Eindrücke zu kombinieren, wir gehen über Steine, wir gehen über jedes Hindernis, allein geführt von unfremem Instinkt.

Wir Kraken sind übrigens gut zu Fuß, wir sind desgleichen gute Kriecher und Schwimmer höchster Eigenart. Was wir können, macht uns kein Rekord und kein Kanalschwimmer nach, denn wir gebrauchen die Kleinigkeit zum Schwimmen. Und zwar besteht bei uns die Fortbewegung in einem Rückstoß.

In den Gestaden verlassen wir uns gerne auf unsere Armkraft, diese knochenlose Masse, und bauen ein Steinest. In ihm legen wir uns auf die Bauer und graßen uns, wenn wir Hunger haben, vorüberfliegende Fische und Krabben. Wir greifen sie mit unseren Armen — so ähnlich, als ob ihr Menschen einen Lohenden in einen Mantel einhüllt — ziehen sie mit unseren Saugnapfen an uns und töten und lähmen sie durch eine Absonderung unferser Speicherdrüse. Menschen haben Octopoden schon gequält und angegriffen und nie haben sie von ihrem Gift Gebrauch gemacht. Nicht aus Gutmütigkeit, sondern weil sie von ihrer eigenen Giftigkeit nichts wissen. Töter aus Vorlust sind wir überhaupt nicht, obwohl wir eine raufstüchtige Bande sind. Darum frigt auch mal der eine den andern auf. Im Aquarium in Neapel habe sogar kleine Tintenfische einen großen Kraken zerrissen, weil der ihnen beigestellt werden sollte, und sie keinen Eindringling dulden wollten. Daher ging ich auch sofort auf den kleinen Tintenfisch los, als ich aus dem abriatischen Meer gezogen war und nach 45stündiger Bahnfahrt und einer Probezeit im Eingewöhnungsbecken in Becken 5 des Berliner Aquariums gesetzt wurde. Aber ich war der Fremdling und er der Ortsingewohnte. Ich konnte die Situation nicht genau, war durchaus nicht Herr der Lage und da blies mir nichts weiter übrig, als mit ihm Freund zu werden. Die Reise hierher war ganz gut, lebte ich doch in einer Emalldanne, die 20 Liter Wasser enthielt. Darum war die Frucht ziemlich hoch, denn das Wasser hat immerhin Gewicht. Als ich über die Grenze kam, guckte der Zollbeamte ganz tief in meine Karne hinein und dann wurde ich für zollfrei erklärt, weil ich zu wissenschaftlichen Schatzweiden bestimmt bin.

Wir gefällt es in Berlin recht gut. Ich froh bereits einen Dorsch und gukte nun die vorübergehenden Menschen an, aus Augen, die wahre Wunderwerke der Optik sind. Die Stäbchenzellen, die eigentlichen Schapparate sind bei mir nämlich infenwärts gerichtet, sie liegen nicht, wie umständlicherweise bei euch Menschen, hirnwärts. Ich habe auch Augenlider, was sich bei den Fischen nur die Hüllische erlauben. Meine Kollegen, die zehn Fische haben, erhehlen von der Natur ferne Augenlider. Die bekam nur ich. Natürlich sind sie ohne Wimpern und der schmachtende Kintoppaugenausschlag ist auch nicht meine Sache.

Und nun die indiskrete Frage, ob bei uns die Aufklärungsmannier Mode ist oder ob wir an den Storch glauben. Keines von beiden, denn wir erlauben uns, die Kinder auf höchst originelle Art und Weise zu kriegen. Wenn Mann und Frau mal oemüßlich bel einander sitzen, steckt er ihr ein Samenpaket in den Atmungsschlitz. Oder er löst sich von einem Männchen die Spermaspige, schwimmt weg und wird von irgendeinem Weibchen aufgefangen. So haben meine Eltern mich gezeugt, ohne sich dabei oemüßlich gesehen zu haben.

